

Geschichte

Ingo Blechschmidt

30. März 2007

Inhaltsverzeichnis

I	Geschichte	6
1	Schulheft	6
1.1	Die Entwicklung Bayerns	6
1.1.1	Überblick über die Anfänge des modernen Bayerns	6
1.1.2	Die bayerische Verfassung von 1818	8
1.1.3	Das Kulturkönigtum von Ludwig I.	8
1.1.4	Bayern in der Zeit des Deutschen Bundes	9
1.1.5	Schema der politischen Vereine in Bayern	10
1.1.6	Ursachen und Kennzeichen der verzögerten Entwicklung Bayerns	10
1.2	Der nationale Verfassungsstaat scheitert	11
1.3	Kurswechsel in Preußen (B. S. 54, Quelle M1)	12
1.4	Das Erstarken des Bürgertums (B. S. 48)	13
1.5	Die Gründungsgeschichte des Reiches	14
1.5.1	Heeresreform und Verfassungskonflikt	14
1.5.2	[Verfassungskonflikt und „Lückentheorie“ (B. S. 59)	14

1.5.3	Die deutsche Einigung unter preußischer Führung	15
1.5.4	[Krieg Preußens gegen Österreich ganz bewusst?]	16
1.5.5	[„Nach dem Krieg von 1866“ (B. S. 71)]	16
1.5.6	Deutsch-französischer Krieg 1870/71	17
1.5.7	[Emser Depesche (B. S. 73)]	17
1.5.8	[Bild: „Kaiserproklamation in Versailles am 18.1.1871“ (B. S. 62)]	18
1.5.9	[„Die Reichsgründung aus der Sicht des Historikers“ (B. S. 74, Quelle M5)]	18
1.6	Industrialisierung	20
1.6.1	Agrarrevolution und Bevölkerungsexplosion .	20
1.6.2	Überwindung der Rückständigkeit Deutschlands	20
1.6.3	[Voraussetzungen für Industrialisierung etc.]	21
1.6.4	[Karte: „Binnenwanderung in Deutschland während des 19. Jahrhunderts“ (B. S. 85)]	22
1.6.5	[„Boom und Krise in den 70er Jahren im Ruhrgebiet“ (B. S. 99, Quelle M1)]	22
1.7	Die Soziale Frage	24
1.7.1	Die Lage der Arbeiter im 19. Jhd.	24
1.7.2	[„Arbeit in einer Spinnerei“ (B. S. 88, Quelle M4)]	24
1.7.3	[„Fabrikordnung und Arbeitsdisziplin“ (B. S. 86, Quelle M3)]]	25
1.7.4	[„Bitt schön, wenn der Herr Hund nicht alles aufessen kann. . .“ (Karikatur von Th. Th. Heine)]	25
1.7.5	[„Um Gotteswillen, Sie stehen ja auf dem Schatten seiner Durchlaucht!“ (Karikatur von XXX)]	25
1.7.6	[„Ein bürgerlicher Fabrikbesitzer im kaiserlichen Berlin“ (B. S. 114, Quelle M2)]	26

1.7.7	[„Arbeiterwohnungen und Kostgängerwesen in Chemnitz vor 1900“ (B. S. 116, Quelle M3)	26
1.7.8	[Lösungsansätze für die Soziale Frage	26
1.7.9	[Gedicht über Krupp	27
1.7.10	[„Rerum Novarum“ (B. S. 132, Quelle M4)	28
1.8	Marxismus	29
1.8.1	Der historisch-dialektische Materialismus	29
1.8.2	[Zusammenfassung	30
1.9	Arbeiterparteien	31
1.9.1	Entwicklung der Arbeiterpartei in Deutschland	31
1.9.2	[„Das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus dem Jahre 1875“ (B. S. 131, Quelle M3)	33
1.9.3	[Sozialistengesetze (1878–1890)	34
1.9.4	Staatliche Sozialgesetzgebung	35
1.10	Die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reichs	35
1.10.1	Merkmale der Verfassung von 1871 [B. S. 137]	35
1.10.2	Bismarck und die Parteien	36
1.10.3	[„Die politische Bedeutung der Parteien“ (B. S. 153, Quelle M3)	37
1.10.4	[„Das Kissinger Diktat (1877)“ (B. S. 167, Quelle M1)	37
1.10.5	[Ziele von Bismarcks Außenpolitik	38
1.10.6	[Interessen der einzelnen Großmächte	38
1.10.7	[„Zweibund und Rückversicherungsvertrag“ (B. S. 168, Quelle M2)	38
1.10.8	[„Charakter der Bismarckschen Friedenspolitik“ (B. S. 170, Quelle M3)	39
1.10.9	[„Deutschland: »Hammer oder Amboss«?“ (B. S. 182, Quelle M1)	40
1.10.10	Folgen des Ausbaus der deutschen Kriegsflotte	41

1.10.11	[Gründe für den 1. Weltkrieg	41
1.10.12	Welche Reaktionen waren kriegsfördernd, welche kriegshemmend?	42
1.10.13	Ursachen des 1. Weltkriegs	42
1.10.14	[„Deutsche Kriegsziele“ (B. S. 191, Quelle M2)	43
1.11	Die Weimarer Republik	44
1.11.1	[„Die »14 Punkte« Präsident Wilsons“ (B. S. 199, Quelle M1)	44
1.11.2	Übergang von Kaiserreich zur Republik . . .	44
1.11.3	Legitimierung der neuen Regierung	45
1.11.4	Forderungen an eine demokratische Verfassung	45
1.11.5	Elemente der Weimarer Verfassung	46
1.11.6	Grundzüge der Weimarer Verfassung	47
1.11.7	[Der Versailler Vertrag	50
1.11.8	„Fritz Fischer: Vom Zaun gebrochen – nicht hineingeschlittert“ (B. S. 234, Quelle M4) . .	53
1.11.9	„Von der Politik des »kalkulierten Risikos« zum Durchbruch des Präventivkriegsgedankens“ (B. S. 236, Quelle M5)	54
1.11.10	[„Die Sühne der politischen Morde 1918–1922“ (B. S. 251, Quelle M4)	55
1.11.11	[Inflation in der Weimarer Republik]	56
1.11.12	[Die Außenpolitik der Weimarer Republik . .	57
1.11.13	Übersicht über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik	61
1.12	Herrschaftsprinzipien in Demokratie und Führerstaat	62
1.12.1	Merkmale der NS-Herrschaftsordnung (Führerstaat)	63
1.12.2	Kennzeichen der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung	63
1.13	Hitlers außenpolitisches Programm	64

1.13.1	Schritte der Innenpolitik	64
1.13.2	Die „Angliederung“ des Sudetenlands 1938 .	65
1.13.3	[Phasen]	66
1.13.4	Weltpolitik	68
1.13.5	Deutschlandpolitik	68
1.13.6	[Potsdamer Abkommen]	68
1.13.7	[Nationalsozialistische Besatzungspolitik (B. S. 41f.)	69
1.13.8	[„Die Vernichtung der europäischen Juden durch den Nationalsozialismus“ (B. S. 50, Quelle 4.2)	70
1.13.9	[Widerstand (B. S. 56)	71
1.14	[Die Erneuerung des politischen Lebens]	74
1.14.1	[Entnazifizierung	74
1.14.2	[„Aus der Truman-Doktrin vom 12. März 1947“ (B. S. 123, Quelle 4.2)	77
1.14.3	[„Aus der Rede des US-Außenministers George Marshall vom 5. Juni 1947“ (B. S. 108, Quelle 3.3)	78
1.14.4	Der Marshallplan	79
1.14.5	[„Wirtschaftsreformen« in der SBZ“ (B. S. 107, Quelle 3.2)	79
1.15	BRD und DDR	80
1.15.1	[Zur Entstehung der BRD und des Grundgesetzes (vgl. B. S. 116ff.)	80
1.15.2	[Die alliierten Vorbehaltsrechte	81
1.15.3	[Wesentliche Elemente des Grundgesetzes; „Wehrhafte Demokratie“	82
1.15.4	[Petersberger Abkommen (1949)	83
1.15.5	[Der Weg von der SBZ zur DDR	83
1.15.6	[Große Ziele (West-)Deutschlands	84
1.15.7	[Ziele und Maßnahmen des Westens und des Ostens	85

		6	
1.15.8	Der Weg der BRD zur Souveränität	86	
1.15.9	[„Deutschland in der Entscheidung“ (B. S. 130, Quelle 4.9)	87	
1.15.10	Die Stalinnote vom 10. März 1952	87	
1.15.11	[Innerdeutsche Verhältnisse (B. S. 203ff.) . .	89	
1.15.12	[Die neue Ostpolitik	91	
2	Hausaufgaben	94	
2.1	1. Hausaufgabe	94	
2.1.1	Quellenarbeit	94	20.09.2005

Teil I

Geschichte

1 Schulheft

1.1 Die Entwicklung Bayerns

1.1.1 Überblick über die Anfänge des modernen Bayerns

[Frage: Wieso überhaupt so viele Herrschaftsgebiete ursprünglich?]

Zentralistische Neuordnung unter Montgelas¹

Ziele: Neue Territorien mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Strukturen zu einer Einheit zu schweißen

Mittel: Zentralistisch durchgegliederte Verwaltung nach französischem Vorbild

Ministerien: Justiz und Krieg sowie von Montgelas geführte Ämter: Äußeres, Inneres, Finanzen; Kreise/Fachressorts

- Trennung von Verwaltung und Justiz

¹Besonders wichtig: gleiche Gesetze für alle, gleiche Dynastie, Verfassung

- Wirksame Steuerreform
- Staatliche Aufsicht in den Gemeindeorganen

Sozialreformen:

- Berufsbeamtenstand mit fester Besoldung² und Pension³
- Abschaffung der Adelsprivilegien⁴
- Leistungsprinzip (Ausbildung wird wichtiger als Adelsstatus)
- Bauernbefreiung

Weitere Reformen:

- Strafrechtsreform [allgemein gültige Prozessordnung]
- Abschaffung von Binnenzöllen
- Staatliche Bildungsaufsicht [früher: Kontrolle durch Klöster]
- Gelockerte Pressezensur⁵
- Religiöse Toleranz [Duldung von ev., röm.-kath. und jüd.]

Zur Verfassung von 1818 [modernste in ganz Deutschland BTW, Einfluss auf spätere Verfassungen; siehe Quelle M1 auf Buch S. 32]:

- Erziehung
- Glück des Volkes
- Grundrechte nur in Präambel

23.09.2005

²gegen Korruption

³gute Ausbildung notwendig, Loyalität zum König

⁴Z.B. Gleichbehandlung im Steuerrecht, aber Status bleibt natürlich (Einfluss des Code Civil)

⁵weiterer Einfluss der französischen Revolution

1.1.2 Die bayerische Verfassung von 1818

[Motive für die Verfassung (siehe Buch S. 19):

- Integration der Einwohner
- Französisches Vorbild, Einfluss der französischen Revolution
- Verfassungszwang durch Deutschen Bund (1815), aber vorgeschrieben wäre eine alte Verfassung, die dem Kaiser viele Rechte garantieren würde, daher Zuvorkommen durch Verfassung mit liberalen Elementen]

Wichtige Merkmale:

- Monarchisches Prinzip: König vereinigt in sich alle Staatsgewalt (ungeteilte Souveränität)
- Oktroyierte Verfassung: kein Verfassungsvertrag
- Gewährung von Grundrechten⁶
- 2-Kammer-System: Ständische Gliederung mit repräsentativem Charakter
- Kompetenzen der Ständeversammlung:
 - Zustimmung zur Gesetzgebung, aber keine Gesetzesinitiative
 - Steuerbewilligungsrecht⁷

02.10.2005

1.1.3 Das Kulturkönigtum von Ludwig I.

[Absolutistischer Monarch ↔ liberale Verfassung]

[Walhalla-Rede, siehe Buch S. 35 (nationalistisch, Helden des Vaterlandes)]

Der Kunst wird eine öffentliche Aufgabe zugewiesen.

⁶aber nicht einklagbar, nur in der Präambel der Verfassung

⁷wichtig, weil damit Unterdrucksetzen des Königs möglich war

„Wer seinen Sinn ernst und würdig auf die Vergangenheit richte, der sei nicht zu fürchten in der Gegenwart.“

Kunst und Geschichte sollen Bindemittel zwischen Volk und Dynastie, Heilmittel gegen revolutionäre Neuerungen sein. Mit der Berufung auf das Althergebrachte, auf deutsche Tugend und Treue auf das mittelalterliche Reich diene der bayerische Patriotismus und romantisches Denken der Rechtfertigung und historischen Begründung des Königtums.

Außerdem dient Kunst (Baudenkmäler) der Integration neuer Bevölkerungsteile.

[Herrscher war immer schon da; Betonung der Beziehung König ↔ Volk]

02.10.2005

1.1.4 Bayern in der Zeit des Deutschen Bundes

1825

Regierungsantritt von Ludwig I.

Patrimoniale Staatsauffassung⁸

Kunstprogramm

1825–1830/31

Liberale Ära

1830

Julirevolution in Frankreich

1832

Hambacher Fest

→ Angst vor Revolution

Enttäuschung über Ständeversammlung →

- Einsatz von Militär bei Demonstrationen
- Verschärfung der Zensur
- Beamte brauchen Bewilligung von König, um Landtagsmandat wahrzunehmen

[Siehe Blatt „Übersicht: Deutschland und Europa 1789–1848/49“]

08.10.2005

⁸keine Bürger, sondern Untertanen; Erziehung der Untertanen

1.1.5 Schema der politischen Vereine in Bayern

Radikal-demokratisch

- Allgemeines Wahlrecht

Gemäßigt-liberal

- Fortschrittspartei
- Liberal ausgestaltete Verfassung
- Umbildung der 1. Kammer
- Zivilehe
- Bundesstaatliche Einigung

Kirchlich-konservativ

- Bayerische Patriotenpartei
- Gegen Liberalismus; Bündnis zwischen Adel, Klerus und Bauern
- Gegen nationalstaatliche Einigung

[Die zwei Fragen für die HA: Beschreiben Sie die wirtschaftliche Situation im 19. Jhd. Welche Gründe werden für die Rückläufigkeit genannt?]

13.10.2005

1.1.6 Ursachen und Kennzeichen der verzögerten Entwicklung Bayerns

[Wirtschaftliche Probleme Bayerns:

- Wenig Rohstoffe (nur Glas, Holz, Salz)
- Ungünstige Lage (Berge, große Entfernung zum Meer)
→ schlechte Verkehrswege → schlechte Anbindung an Absatzmärkte
- Agrarkultur

- Unterschiedliches Münzwesen
- Wirtschaftliche und politische Zersplitterung
- Kein überregionaler Handel]

- Bauernbefreiung → hohe Ablösezahlungen
- Alte Agrarkultur → 80 % auf dem Land wirtschaftlich tätig
- Ständische Gliederung → keine Mobilität
- Binnenlage, schlecht ausgebautes Wegesystem, fehlende Infrastruktur
- Rohstoffmangel, kaum Bodenschätze
- Zollhindernisse, staatliche Zweiteilung (Pfalz)

[Aktionen gegen diese Probleme:

- Kreditwesen (Geldgeber)
- Verbesserung der Infrastruktur/des Wegesystems
- Aufbruch der ständischen Gliederung]

[Bayern ist revierfern]

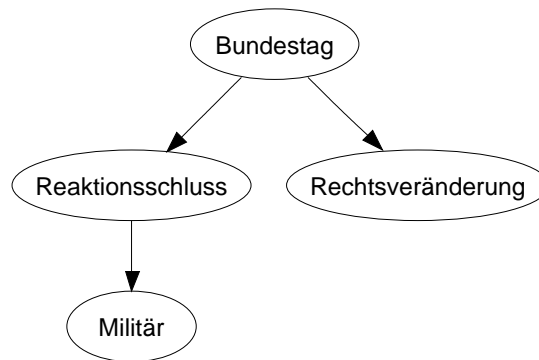
[Textilindustrie, Feinmechanik, Optik, Chemie gut]

[B. S. 39–41, Blatt „Entwicklung zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet“]

25.10.2005

1.2 Der nationale Verfassungsstaat scheitert

- 23.7.1848: Ende der revolutionären Erhebungen
- Fürstenunion
- Vertrag von Olmütz [Preußen wird konservativ (XXX? dt. Bund)]
[Engerer Zusammenhang scheitert]
- „Bundesreaktionsbeschluss“:



[Reaktion: Wiederbelebung der vorrevolutionären Restaurationsgedanken⁹]

25.10.2005

1.3 Kurswechsel in Preußen (B. S. 54, Quelle M1)

[Frage: „Soll Preußen einen Krieg gegen Österreich führen“]

Ablehnung der Kaiserkrone (lieber Fürstenunion) ← Österreich ist dagegen (Angst vor Verlieren der Vormachtstellung) → Frage: „Soll Preußen militärisch durchsetzen?“

→ Bismarck: Nein, weil:

- | | |
|--|---|
| • Kriegsschulden | teresse hat (Fürstenunion nicht soo wichtig) |
| • Nutzen kleiner als Risiko/Konsequenzen | • „Für ´nen Staatsmann ist es einfach, einen Krieg anzufangen, aber das Volk hat dann die Verluste“ |
| • Wirtschaftliche Probleme | |
| • Streit über eine Sache, die Preußen gar nicht so viel angeht/kein großes In- | • Unionsverfassung nicht wichtig genug, um Krieg zu rechtfertigen |

Forderung zum Krieg von Bayern und Baden-Württemberg]

25.10.2005

⁹seit Napoleons Niederlage bis Vormärz

1.4 Das Erstarken des Bürgertums (B. S. 48)

50er, 60er Jahre: Durchsetzung der industriellen Revolution → „bürgerliche Gesellschaft“

Handwerkliches und Gewerbe betreibendes Bürgertum

- Verharrt in alten Anschauungen
- Profitiert von Industrialisierung (Nutzung neuer Produktionstechniken)

→ Nachfrage gedeckt

Bildungs- und Beamtenbürgertum

- Zunahme durch Häufung der Aufgaben (Eisenbahn, Post, Telegrafie)
- Loyalität gegenüber dem Staat

→ Konservative Prägung

Bourgeoisie (Wirtschaftsbürgertum)

- Prägende Schicht: Kaufleute, Bankiers, Fabrikbesitzer
→ Annahme der Denk- und Lebensform des Adels
- Unternehmer mittelgroßer Betriebe
→ Vertreten mit Stolz das Bürgertum [und nicht den Adel]

[Überwindung des Pauperismus¹⁰, Glaube an Wachstum und Fortschritt, Inneres Selbstbewusstsein, Streben nach Karriere]

[Bürgertum ↔ Arbeiter („lieber König (mit weniger politischen Rechten für sie), wenn dafür die Wirtschaft gut läuft“)]

25.10.2005

¹⁰Entwicklungen in Landwirtschaft zu langsam

1.5 Die Gründungsgeschichte des Reiches

1.5.1 Heeresreform und Verfassungskonflikt

Heeresreform:

- Erhöhung der Schlagkraft der preußischen Heeres von 150.000 auf 210.000 Mann
- Verlängerung der Dienstzeit [von zwei Jahren] auf drei Jahre

[B. S. 52]

1.5.2 [Verfassungskonflikt und „Lückentheorie“ (B. S. 59)]

(Lückentheorie: Behauptung, es gäbe eine Verfassungslücke; Bismarck meint, dass, da die Verfassung vom König gegeben ist, der König auch dominiert (quasi letztes Entscheidungsrecht hat))

Gesetzgebungsprozess

- Zustimmung von König und beiden Kammern notwendig
- Feststellung des Staatshaushaltsetats durch ein Gesetz

Problem

- Blockierung des Regierungsprozesses durch die 1. Kammer
- Bismarck: „Kompromisse notwendig/gut!“
- Kammern haben nicht das alleinige Budgetbeschlussrecht
- Bismarck: „Wenn eines der Verfassungsorgane einem Gesetzesvorschlag nicht zustimmt, sagt die Verfassung nichts darüber aus, was passieren soll“ (← das ist die (angebliche) Verfassungslücke – aber das stimmt gar nicht, das Parlament **muss** zustimmen!)
- Bismarck will Etat wegen Heeresreform

- Liberale wollen das nicht; zusätzlich wird Mitbestimmungsrecht gefordert

„Lösung“

Hinwegsetzen des Königs über das Parlament

→ Vollziehung der Heeresreform

→ Preußen ← militärische Vormachtstellung (war zwar schon immer innerhalb Deutschlands führend, doch Österreich war immer ein Problem)]

1.5.3 Die deutsche Einigung unter preußischer Führung

Deutsch-dänischer Krieg 1864

→ Konflikt zwischen den Siegern Preußen und Österreich (ständige Brüskierung Österreichs)

[Regierung Holsteins durch Österreich (Preußen hat Schleswig bekommen), Preußen redet immer mit ´rein (weil es ja auch viel näher ist als Österreich)]

Preußisch-österreichischer Krieg 1866

→ (Diskussion um Frieden [Bismarck wollte keine prunkvolle Machtdemonstration Preußens oder Gebiete oder so, die sichtbare Vormachtstellung langte. Außerdem hätten sich sonst die süddeutschen Staaten des Deutschen Bundes aufgeregt. Außerdem wollte Bismarck Österreich schon immer als Bündnispartner haben, und da wäre ein öffentliche totale Demütigung Österreichs natürlich schlecht])

→ Auflösung des Deutschen Bundes

→ Gründung des Norddeutschen Bundes unter Führung Preußens [ohne Österreich, aber mit Österreichs Verbündeten, welche allerdings natürlich einen großen Souveränitätsverlust zu verzeichnen hatten (Strafe)]

30.10.2005

Deutsch-französischer Krieg 1870/71

→ Niederlage Frankreichs

→ Gründung des Deutschen Reiches

[Bayern wollte ja nicht; Aber: Bayerns Heer musste nur in Kriegszeiten dem Kaiser unterstellt sein, und aus dem Wellenfonds wurde Ludwig II. Geld geliefert, und Postwesen blieb bei Bayern → Bayern sagt ok]

22.11.2005

[Und: Zahlung von 5 Mrd. Goldfrancs ans Deutsche Reich als Kriegsentschädigung]

30.10.2005

1.5.4 [Krieg Preußens gegen Österreich ganz bewusst?

- Hilfe an Russland
→ Russland würde sich wohl neutral gegen Preußen verhalten.
- Frankreich versprach ebenfalls Neutralität.
- Bündnis mit Italien
- Schleswig/Holstein ← Brückierung Österreichs
- Konvention von Gastein: Kurze Einigung, weil sich Preußen noch nicht für einen Krieg gegen Österreich gerüstet genug fühlte.]

1.5.5 [„Nach dem Krieg von 1866“ (B. S. 71)

- Ziel Bayerns: Staatenbund mit möglichst vielen deutschen Stämmen, aber trotzdem Bewahrung der Souveränität, mit einheitlicher Verfassung und gemeinsamer Außenpolitik
Wenn nicht anders möglich wär's ok wenn Österreich nicht im Bund wäre.
Außerdem hat Frankreich immer signalisiert, dass es Bayern gegen Preußen unterstützen würde.
Bayern wollte daher lieber den Zweibund zwischen Preußen und Bayern, mit Bayern als gleichgestellten privilegierten Partner. Aber dann Drohung des Ausschlusses Bayerns aus dem Zullbund → „ok“.
- Preußen: Wie erreichen wir eine Einigung?
Gemeinsamer Krieg gegen gemeinsamen Feind wäre gut – wie auch beim Krieg gegen Napoleon, der hat auch Einigungs- und Identifikationsgefühle hervorgerufen.]

1.5.6 Deutsch-französischer Krieg 1870/71

Situation in Frankreich	Situation in Deutschland
<p>Kaiser Napoleon III. fordert für seine Neutralität 1866 Luxemburg →</p> <p>Napoleon gerät innenpolitisch noch mehr unter Druck, braucht außenpolitische Erfolge [Anbietung des spanischen Throns, aber Preußen verzichtet</p> <p>Frankreich verlangt dauerhaften Verzicht, Pressemitteilung (Emser Depesche), Frankreich erklärt Krieg, Frankreich verliert]</p> <p>Napoleon fordert ultimativ den Thronverzicht des Hohenzollers Leopold</p> <p>Frankreich erklärt Deutschland Krieg</p>	<p>Schutz- und Trutzbündnis [Verteidigungsbündnis] mit süddeutschen Staaten.</p> <p>Sturm nationaler Empörung [Luxemburg darf doch nicht einfach an Frankreich gegeben werden! Nationalitätsgefühl! (Bismarck wollte eigentlich Luxemburg weggeben, aber er hat sich dem Volk ganz schnell angepasst)] →</p> <p>Luxemburg wird neutral</p> <p>Bismarck lanciert [lässt bewusst der Presse zukommen] die „Emser Depesche“ (Beleidigung Frankreichs)</p>

08.11.2005

1.5.7 [Emser Depesche (B. S. 73)]

- Demütigung, weil Preußen nicht mehr mit Frankreich reden will (Abweisung der Botschafter ist wie ´ne Watschen)
- Bismarck wollte **keine** Hegemonie in ganz Europa oder sogar Welt; starkes Deutschland und Einheit war ihm genug.
- BTW, beim Sieg gegen Frankreich hat Bismarck ganz groß und protzig etc. gemacht, (hat ja auch das Reich in Versailles gegründet) – so nach den alten großen franz. Königen.]

1.5.8 [Bild: „Kaiserproklamation in Versailles am 18.1.1871“ (B. S. 62)]

- Vertretung nur des Militärs etc.
- Generäle aus´m Adel
- Fehlende Schicht: Volk
- Man hätte die Kammern einladen können, hat man aber nicht.

→

- In der Zukunft wird man dem Volk wohl keine große Bedeutung zukommen lassen.
- Gründung nur durch obere Schichten!
- Die Reichsgründung war keine Volksbewegung.

Auch der Titel des Kaisers war wichtig – „Kaiser in Deutschland“ und „Kaiser von Deutschland“ geht nicht (weil sonst die Fürsten streiken würden), also „Deutscher Kaiser“]

1.5.9 [„Die Reichsgründung aus der Sicht des Historikers“ (B. S. 74, Quelle M5)]

- So wie die Reichsgründung gekommen war, war schlecht, weil dadurch dann auch der spätere Weltmachtsanspruch (Hitler) herrührte. Alternativen wären besser gewesen.
- BTW, nationalstaatliche Einigungen waren typisch europäisch.
- Möglichkeit großdeutsch-föderalistisches Deutschland mit nur dem deutschen Teil Österreichs:
Ginge nicht, weil dann Österriech zersplittert werden müsste (weil zu Österreich ja auch Ungarn, Böhmen etc. gehören).
Die dafür notwendige Revolution hätte nicht zu einem dauerhaft funktionierenden Reich geführt.
- Möglichkeit Deutschland mit ganz Österreich: Probleme:

- Zu groß, um das regieren zu können
- Andere Mächte hätten´s nicht gewollt (z.B. Engländer mit „balance of power“ und Frankreich, die ham´ ja schon beim spanischen Thron Stress gemacht)
- Möglichkeit nationalrevolutionäre, nationaldemokratische Staatsgründung (ohne Österreich, Größe also wie kleindeutsche Einigung; Volksbewegung von unten nach oben):
So viel Demokratie hätte nicht geklappt (vgl. die gescheiterte 48er-Revolution; Selbstbehauptung der Fürstenstaaten).
- Also einzige Möglichkeit: Kleindeutsche Einigung (ohne Österreich)

Bismarck hätte es also auch nicht besser machen können.

11.11.2005

Die Reichsgründung hat nicht unmittelbar zu Hitler geführt – wenn Bismarck nicht das getan hätte, was er getan hat, dann hätte es vermutlich 40 Jahre später eine Volksbewegung von unten gegeben.]

[Liberale wollen:

- | | |
|--|---|
| • Gesetzesinitiative | • Versammlungsfreiheit |
| • Budgetrecht (wichtiger als Steuerbewilligungsrecht) | • Parteigründung |
| • Steuerbewilligungsrecht | • Nation |
| • Grundrechte | • „Generell auf jeden Fall Nationalstaat – aber lieber Einzelstaaten mit diesen Rechten anstatt Nationalstaat ohne die Rechte“] |
| • Religionsfreiheit (aber „natürlich“ nur kath., ev. und jüd.) | |

[Burschenschaften: „Lieber Nationalstaat ohne Rechte, die Rechte können dann später folgen“]

[Elsaß-Lothringen ← immer hin und her, seit Ludwig XIV.]

[Toll bei EU: Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten garantiert ausgeschlossen]

15.11.2005

1.6 Industrialisierung

1.6.1 Agrarrevolution und Bevölkerungsexplosion

Bodenverteilung	Bodenbewirtschaftung	Bevölkerungsentwicklung
Vorindustrielle Agrargesellschaft:	Vorindustrielle Agrargesellschaft:	Vorindustrielle Agrargesellschaft:
<ul style="list-style-type: none"> • Allmende ^a • Brache ^b • Bäuerliche Kleinsiedlungen • 90 % Landbevölkerung • Keine Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> • Dreifelderwirtschaft • Getreidemonokultur • Ackervieh, Naturpflanzen • Natürdüngung • Handarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Nahrungsmittelmangel • Geringe Kenntnisse in Hygiene und Medizin • Hohe Geburtenrate • Hohe Sterberate
Ursachen des Wandels: Zersplitterung	Ursachen des Wandels: Geringer Ertrag	Ursachen des Wandels: Bevölkerungsstagnation
<ul style="list-style-type: none"> • Einhegungen • Landausbau 	<ul style="list-style-type: none"> • Fruchtwechsel • Neue Nutzpflanzen (Kartoffel) • Züchtungen • Kunstdünger 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausreichende Nahrung • Fortschritte in Hygiene und Medizin
Industrielles Zeitalter:	Industrielles Zeitalter:	Industrielles Zeitalter:
<ul style="list-style-type: none"> • Vergrößerte Anbaufläche • Großgrundbesitzer • Rationalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mechanisierung (Saatmaschinen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Geburtenrate • Sinkende Sterberate
Freiwerdende Arbeitskräfte	Ertragssteigerung	Bevölkerungsexplosion

→ Landflucht

^a[gemeinschaftlicher Platz im Dorf für alle Tiere/alle Bauern]

^b[Dreifelderwirtschaft – ein Feld liegt brach, die anderen werden genutzt]

[Die freiwerdenden Arbeitskräfte gehen in die Stadt, um Arbeit zu suchen, weil es auf dem Land keine Arbeit mehr gibt. Zusammen mit neuen Erfindungen entstehen dann dadurch Fabriken.]

22.11.2005

[Kohle und Eisen Schrittmacher in der zweiten Phase der industriellen Revolution]

15.11.2005

1.6.2 Überwindung der Rückständigkeit Deutschlands

Deutscher Zollverein 1834

- Abschaffung der Zollschraken

- Erweitertes, einheitliches Wirtschaftsgebiet
- Einheitliche Wirtschaftspolitik nach außen
- Konkurrenzfähigkeit

Bauernbefreiung und Gewerbefreiheit in Preußen (seit 1806)

- Mobilisierung von Arbeitskräften
- Eigeninitiative
- Wettbewerb

Liberalisierung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik

- Unternehmerinitiative neben staatlicher Lenkung
- Wettbewerb teilweise möglich
- Stärkung des Bürgertums

Fortschritt im Bildungswesen

- Preußische Bildungsreform, technische Hochschulen
- Technisches „Know-how“

Ausbau des Verkehrswesens

- (Eisenbahnen seit 1835.)
- Zusammenrücken des Wirtschaftsraums

Durchbruch der Industriellen Revolution in Deutschland (zwischen 1850 und 1880)

1.6.3 [Voraussetzungen für Industrialisierung etc.]

- Energie
 - Geld
- Großgrundbesitzer erwirtschaften jetzt Kapital, was sie investieren können.

- Erfindungen („Ideen“)
 - Erfinder ← Unternehmergeist ← Bürokratieabbau, politische Rechte, Liberalisierung → Eigeninitiative, mehr Mut
- Absatzmarkt
 - U.a. auch Export; Abbau der Zollschraken → höhere Wettbewerbsfähigkeit
 - Jetzt auch: großer Binnenmarkt

→ Industrialisierung möglich (100 Jahre nach den Engländern)

→ Tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse

→ Neu: 4. Stand (Arbeiter)]

1.6.4 [Karte: „Binnenwanderung in Deutschland während des 19. Jahrhunderts“ (B. S. 85)

- Wanderung in Richtung der Großstädte (Landflucht)
- Ziele: Ruhrgebiet (Schwerpunkt der Industrialisierung), Oberschlesisches Industriegebiet
- Quellen: Jetziges Polen, Böhmen (gehörte zu Österreich, war also nichts total fremdes), Ostpreußen (XXX?)

→ Binnenwanderung, Mobilität (aber auch große Auswanderungswelle nach Amerika)]

22.11.2005

[Industrialisierung: Betonung des Prozesscharakters, Industrielle Revolution: Betonung der großen gesellschaftlichen Änderungen/Umwälzungen/Wechsel (aufgrund technischer Neuerungen)]

[Elsaß-Lothringen ← Industrieraum]

1.6.5 [„Boom und Krise in den 70er Jahren im Ruhrgebiet“ (B. S. 99, Quelle M1)

Gründe für den Boom („Gründerjahre“; 1870er; der Aufschwung war auch schon vor dem Krieg mit Frankreich, und die Reichsgründung war natürlich noch ein stärkender Faktor):

- 5 Mrd. Goldfrancs Kriegsschädigung von Frankreich
- Aufhebung des Aktiengesetzes → keine Genehmigung für Gründung einer Aktiengesellschaft mehr notwendig
- Sicherheit/Glauben, dass jetzt viele Jahre Frieden kommen (weil ja zuvor lange/viele Kriege waren) → mehr Investitionen
- Werke konnten nicht mehr liefern → Preissteigerungen
- Ausbau der Eisenbahn → Förderung der Stahlindustrie
- Wirtschaftlicher Unternehmergeist
- Sogar Privatleute stecken Geld in Aktien ´rein (sogar auf Pump)
- Staat konnte Kriegsanleihen zurückzahlen → auch privaten Haushalten ging´s besser
- Banken konnten Kredite geben
- Neugründung von Unternehmen („teilweise ohne wirklich richtig zu überlegen“)

Dann aber: Fabriken hatten nun alle Maschinen, Schienennetz war nun ausgebaut (→ Eisennachfrage ging zurück) → Krise

Gründe für die Krise („Gründerkrach“; Frühjahr 1873–1887):

- Werke mussten schließen
- Bergbauwerke mussten zu machen, insbesondere Schwerindustrie
- Viele sind pleite gegangen (Verlust von Privatvermögen)
- Eisenverbrauch ging um 50 % zurück

Gründe für neuen Aufschwung (15 Jahre später; zweite Phase der Industrialisierung):

- Erfindungen ← technisches Know-how (synthetische Farbstoffe, Pharmazie, Chemie, Elektrizität, Dynamo, Kraftwagen etc.; was Investitionen in Bildung voraussetzte; diese Investitionen wurden auch durchgeführt)

- Investitionen
- Liberalisierung der Wirtschaftspolitik]

[Bismarck sagt: Schutzzölle (um die Depression abzufangen, IIRC) auf Import aus England, Getreide aus USA, Vieh, Eisenprodukte; staatlicher Protektionismus → diese Länder legen auch Zölle fest]

[Kartellgründungen]

25.11.2005

1.7 Die Soziale Frage

1.7.1 Die Lage der Arbeiter im 19. Jhd.

Bauernbefreiung

Geburtenanstieg (vermehrte Eheschließungen)

Landflucht

Gewerbefreiheit

Zunahme von nicht konkurrenzfähigen Handwerkern [weil früher, mit den Zünften, genau so viele Handwerker wie gebraucht; jetzt konnte jeder Handwerker werden → zu viele Handwerker → zu wenig Geld/Nachfrage → Pleiten]

→ Pauperismus: Vorindustrielle Massenarmut

→ Reservoir an industriellen Arbeitskräften

1.7.2 [„Arbeit in einer Spinnerei“ (B. S. 88, Quelle M4)

- schlecht
- 5 Uhr–7 Uhr Arbeit, Tag von 3 Uhr–10 Uhr → nur fünf Stunden Schlaf
- Forderung: Arbeitszeit von 6 Uhr–7 Uhr
- Argumente:
 - Mütter nicht stark genug um Kinder zu gebären/erziehen etc. →
 - Weniger Leute fürs Militär
 - Leute sind schon mit 21 Jahren zu fertig/erschöpft etc.]

1.7.3 [„Fabrikordnung und Arbeitsdisziplin“ (B. S. 86, Quelle M3)]

- Überlange Arbeitszeiten
- Niedriger Lohn
- Fehlende Sicherheitsvorkehrungen
- Abhängigkeit vom Unternehmer
- Konkurrenz durch Frauen- und Kinderarbeit
- Auflösung der Familie
- Verwahrlosung der Kinder
- Gesundheitliche Schäden
- Wohnungselend
- Keine soziale Sicherheit
- Leben am Existenzminimum
- Politische Rechtlosigkeit
- Streikverbot

[Lage der Arbeiter, Lösungsvorschläge etc.] = Die Soziale Frage des 19. Jhd.

29.11.2005

[Simplicissimus ← zeitkritische Zeitschrift]

1.7.4 [„Bitt schön, wenn der Herr Hund nicht alles aufessen kann. . .“ (Karikatur von Th. Th. Heine)]

- Kind und Mutter (30, wirkt wie 70) aus Arbeiterschicht
- Aufsteigende („Neureiche“) füttern Hund, trinken Tee
- Kind und Mutter betteln um Essen, Aufsteigende sagen „Bitt schön, wenn der Herr Hund nicht alles aufessen kann. . .“]

1.7.5 [„Um Gotteswillen, Sie stehen ja auf dem Schatten seiner Durchlaucht!“ (Karikatur von XXX)]

[Frauenbewegung ← bürgerliche Bewegung; die Arbeiterfrauen hatten gar keine Zeit dazu; primäre Ziele: Ausbildung und politische Rechte]

1.7.6 [„Ein bürgerlicher Fabrikbesitzer im kaiserlichen Berlin“ (B. S. 114, Quelle M2)

- Treibels ← Großbürger
- Villa abseits der Fabrik
- Berliner Tagesblatt oder Deutsches Tagesblatt? ← Sorge um politisches Weiterkommen
- Wunsch nach einem Nebeneingang ← damit man die Küchenjungen nicht mehr sieht
- Adelt pflegt auch Kontakt zum Bürgertum, zu den Aufsteigern (Motivation: Ausnutzung der Aufsteiger durch Verheiratung → Adel bekommt Geld [weil Adel (wenn nicht Hoch-Adel) hatte oft finanzielle Probleme (weil sie wussten ja nichts über Wirtschaft etc.)], Bürgertum bekommt Adelstitel])

1.7.7 [„Arbeiterwohnungen und Kostgängerwesen in Chemnitz vor 1900“ (B. S. 116, Quelle M3)

- Ein Zimmer plus Wohnraum
- Andere übernachteten auch in Familienwohnungen
- „Schlafgänger“ übernachteten und bekommen Morgenkaffee; Kosten: 2 Mark pro Woche
- Entweder Trennung (oben, unterm Dach, Schlafgänger und unten Familie) oder Schlafgänger und Familie zusammen (aber selten zum Glück)
- Am schlimmsten: stundenweiser Schlaf!
- Hygiene (z.B. nur eine Toilette pro ganzem Wohnhaus)? Ungeziefer! Wäsche nur einmal pro Woche, etc.]

1.7.8 [Lösungsansätze für die Soziale Frage

Ausgehend von. . .

- Appelle von Kirchen/Papst

- Staatliche Maßnahmen
- Kommunistische Theorie (Arbeiter sollten eine Revolution machen, Fabrikbesitzer xen etc.)
- Unternehmer (weil kranke Arbeiter leisten weniger)]

1.7.9 [Gedicht über Krupp

- Apotheose (Vergötterung) Krupps („Ich bin Krupp, bin Euer Herr und Gott“)
- Glorifizierung Krupps (er sei der, der allen hilft, ohne an sich zu denken)
- Krupp lässt sich nichts sagen
- „Soll´n doch gehen wenn die Arbeiter meinen, sie wollen nicht mehr arbeiten“ ← aber das können sie ja nicht weg!
- Krupp ← „Vater“ (Erziehung, nicht „Kumpel“)
- Wirklich wahr: wenn man sich gebeugt hat, und kein Sozialist war, dann gab´s gewisse Fürsorge (sozialer Wohnungsbau, Schulen, Kantinen, etc.)]

02.12.2005

[Armut: nicht mal Arbeit; Existenzminimum: wenigstens (schlechte) Arbeit]

[Ziel der Arbeiter: Frauen sollten nicht mehr arbeiten gehen müssen (Vorbild: Bürgertum, dort blieben („selbstverständlich“) die Frauen zu Hause) und einige wenige Frauen wollten Bildungsrechte]

[Friedrich Harkort wollte/hat gemacht:

- Prämien, Lohnsteigerungen, Gewinnbeteiligung als Motivation für seine Arbeiter
- Voraussetzung: Fleiß im Betrieb, „sittliche Bildung“
- Eher väterlicher Ton (aber man musste selbstverständlich dem Vater gehorchen)

- Maßnahmen wegen Sozialer Frage: Brave Arbeiter (insbesondere nicht politisch engagierte Proletarier) erhielten finanzielle Hilfen und Bildung (Sontagsschulen etc.)
- Wenn Arbeiter gebildeter wären, könnte man sie evtl. mehr einbeziehen

[Alfred Krupp wollte/hat gemacht:

- Einreden von schlechtem Gewissen (er habe, um den Arbeitern zu helfen etc., Schulden gemacht etc.)
- Verhältnis zu den Arbeitern: Er ist eindeutig Chef („Herr im Haus“-Standpunkt)
- Arbeiter sollten nicht politisch aktiv sein; stattdessen sollten sie sich lieber um die Absicherung ihrer Familie kümmern
- Arbeiter hatten die Erfindungen ja nicht erfunden; daher sollten die Arbeiter den Erfindern danken, dass sie arbeiten können
- Junge Arbeiter müssen ja erst noch in den Maschinen etc. geschult werden etc. (XXX Grammatik) → niedriger Lohn
In mittleren Jahren beste Arbeit → mehr Lohn
Im Alter arbeiten sie wieder weniger → wieder weniger Lohn (!)
- Im Vergleich zu Harkort viel stärker
- Maßnahmen wegen Sozialer Frage: Sozialwohnungsbau, anderes siehe weiter oben sowie ausgeteiltes Blatt]

21.12.2005

1.7.10 [„Rerum Novarum“ (B. S. 132, Quelle M4)

- Appell an Moral der Arbeitgeber:
 - Gerechte Löhne
 - Anpassung an Geschlecht und Alter
 - Genügend Freizeit für religiöse Aktivitäten (insbesondere keine Sonntagsarbeit)
 - Keine Überbelastung

- Appell an Arbeitnehmer:
 - Gutes Erledigen der Arbeit
 - Nichts anzetteln, keinen Aufstand und Gewalt etc. machen
 - Marxisten/Sozialisten wollen ja Revolution/Streik/etc. ← das findet Papst Leo XIII. schlecht
- Der Appell wurde unterschiedlich aufgenommen.

Einige Arbeitgeber (z.B. Harkort) wollten schon helfen etc., ließen sich aber nicht vorschreiben, wie genau sie helfen sollten. Aber manches wurde dennoch beeinflusst und leicht verbessert.
- Bismarck ← hatte es nicht so mit'm Papst]

06.12.2005

1.8 Marxismus

[(Blätter: „Die Theorie von Karl Marx“ und noch ein paar)]

1.8.1 Der historisch-dialektische Materialismus

Grundelement des MARXschen Geschichtsbildes (Thesen):

- a) Die Gesellschaft teilt sich in unterdrückende und unterdrückte Klasse.
- b) Klassenkampf als bewegende Kraft der Geschichte
- c) (Urgesellschaft) → Sklavenhaltergesellschaft [Sklavenaufstand] → Feudalismus [Lehensherren, Leibeigene] [Bauernbefreiung] → Kapitalismus → Sozialismus/Kommunismus
- d) Revolutionärer Sprung (Widerspruch Produktionskräfte ↔ Produktionsverhältnisse) gemäß den Prinzipien der Dialektik
These, Antithese → Synthese
- e) Kategorien der historischen Analyse:

Produktionskräfte

Menschen/Werkzeuge/Maschinen

Produktionsverhältnisse

Eigentumsverhältnisse

Ökonomische Basis (Produktionsweise)

Produktivkräfte + Produktionsverhältnisse

Ideologischer Überbau

Recht, Politik, Philosophie, Kunst, . . .

- f) Materialismus: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.
- g) Determinismus: Die Geschichte unterliegt naturwissenschaftlichen Gesetzen und führt zwangsläufig zum Kommunismus.

1.8.2 [Zusammenfassung

Unterschiede zwischen Sozialismus und Kommunismus: Bei Kommunismus klassenlose und staatslose Gesellschaft; aber bei beiden Gemeineigentum; Sozialismus ist die Vorstufe zum Kommunismus „Diktatur des Proletariats“

Das Problem Arme ↔ Reiche gibt's heute auch noch, global gesehen, allerdings fängt der Sozialstaat glücklicherweise Vieles auf.

Definition der Klasse: Soziale Schicht mit gleichen Interessen, gemeinsamer Feind; Organisation (wichtig; ohne Organisation gilt eine „Menschengruppe“ nicht als Klasse in Augen von Marx); später dann auch Wandlung zur Partei

Haben oder Nicht-Haben von Produktionskräften ist entscheidend für die Klassenzugehörigkeit.

Dialektik: Thesen (z.B. Sklaven), Antithesen (z.B. Sklavenhalter), Synthesen (Revolution, resultierend in nächster/neuer Gesellschaftsform)

(Stalin widerspricht Marx (Diktatur bei Stalin!); Ausrede war immer „ist ja nur Vorstufe“; aber wann sollte der Übergang zum echten Kommunismus kommen?)

(Durch großes Angebot an Arbeitern Möglichkeit für die Fabrikbesitzer, die Löhne sehr klein zu halten etc.)

Historischer Materialismus: „Gesellschaftliches Sein (rechtlose Arbeiter, Verelendung) bestimmt Bewusstsein (Wunsch der Arbeiter nach Rechten etc.)“

Mehrwert

Wieso keine Revolution vom Kommunismus weg, hin zu irgendeiner anderen Struktur?

- Erziehung
- Positives Menschenbild
- Leute erkennen, dass das, was für die Gesellschaft gut ist, auch für sie gut ist

Wieso keine Klassen beim Kommunismus?

- Enteignung
- Vormalig unterdrückende Klasse sehr klein]

13.12.2005

[Die 48-er Revolution war BTW keine Revolution in Marx´ Sinne, weil die Revolution vom Bürgertum (und nicht von der unterdrückten Klasse) ausging]

[In Phase I Gleichklang: Jeder Arbeit hat seine eigenen Werkzeuge und stellt ein fertiges Produkt her etc. In Phase II Ungleichgewicht: den Arbeitern gehören nicht mehr die Maschinen etc.]

09.12.2005

1.9 Arbeiterparteien

1.9.1 Entwicklung der Arbeiterpartei in Deutschland

[Anderer Lösungsvorschlag für die Soziale Frage: Lösung von den Arbeitern her ausgehend

- „Proletarier aller Länder vereinigt euch“
- (Sozialismus/Kommunismus sollte weltumspannend sein, BTW.)
- Schrittweise Lockerungen → Möglichmachung von Parteigründungen

- Gewerkschaften
- Dritte Säule: Konsumgesellschaften (Verbilligung durch Massenbestellungen sollten an die Arbeiter weitergegeben werden; „Unternehmer“ sollten keinen großen eigenen Gewinn haben)]

1848

Kommunistisches Manifest

1863

F. Lasalle [gründet] Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein [ADAV]
[Dessen linker Flügel gründet die Partei in der nächsten Zeile]

1869

Bebel/Liebknecht [gründen] Sozialdemokratische Arbeiterpartei [SDAP]
[Einsicht, dass Zusammenarbeit zwischen den Parteien notwendig ist; Fusion zur Partei in der nächsten Zeile]

1875

[In] Gotha [Gründung der] Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands [SAP]

1878–1890

Sozialistengesetze [u.a. durften die Sozialisten nicht mehr Werbung machen]: Erfolge trotz Verfolgungen

1891 (Erfurt)

[Umbenennung der Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands nach] SPD

→ Revisionismus [Anpassung des Programms/der Ziele an Staat (weniger radikal etc.)] ([durch] Bernstein¹¹, „Revision“ → SPD ist revolutionär, aber keine Revolution machende Partei)

Rosa Luxemburg¹²: „Aktionismus“ [will Revolution]

→ 1917: Spaltung

13.12.2005

¹¹Anführer des gemäßigten Flügels

¹²Anführerin der späteren Ultras

1.9.2 [„Das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus dem Jahre 1875“ (B. S. 131, Quelle M3)]

- Allgemeines Wahlrecht
- Gesetzgebung durchs Volk
- Errichtung von Produktivgenossenschaften
- Zerbrechung des „ehernen Lohngesetzes“¹³ (wichtig)
- Volkswehr statt stehendem Heer
- Verbesserungen im Bildungswesen, insbesondere unentgeltliche Bildung
- Arbeiterstand soll sich als selbstständige politische Partei konstituieren.
- Theoretisches Programm: vor Z. 35;
Politisch-praktisches: ab Z. 35, insbesondere Rechtsprechung durchs Volk, Volkswehr, politische Recht im Sinne des theoretischen Programms
- Gründe, wieso die SAP keine Revolutionspartei war:

¹³Wikipedia: Nach Ferdinand Lassalle, einem der Gründerväter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), schwankt der Lohn bei vollkommener Konkurrenz unter den Bedingungen eines schrankenlosen Kapitalismus stets um das Existenzminimum. Beeinflusst wurde seine Theorie durch die Arbeiten von Thomas Robert Malthus und David Ricardo. In diesem Zusammenhang lehnte Ferdinand Lassalle die Gewerkschaften ab. Entsprechend dieser Vorstellung sollten die Löhne gesetzlich festgelegt werden, d.h. für eine bestimmte Arbeitsleistung entsprechend dem „ehernen Lohngesetz“ der Gegenwert in Geld gesetzlich festgeschrieben werden. Die Überlegung ähnelt dem Mindestlohn, definiert jedoch nicht den Mindestanspruch, sondern einen fixen „ehernen“ Geldwert der weder über- noch unterschritten werden darf. Das „eherne Lohngesetz“ ist daher das konzeptionelle Gegenteil der angewandten Tarifautonomie, die zwischen der Gewerkschaft als Arbeitnehmervertretung und den Arbeitgebern ohne formelle Einwirkung von außen stattfindet. Kritiker sahen im Zusammenhang mit dem „ehernem Lohngesetz“ das Hauptproblem in mangelnder Flexibilität, ferner sogar einen Versuch die Gewerkschaften zugunsten des ADaV aufzulösen und deren Funktionen auf diesen zu übertragen. In diesem Zusammenhang sei jedoch daran erinnert, dass Lassalle die Einrichtung von Produktivgenossenschaften anstrebte, in deren Organisationsform eine solche Regulation der Gehälter praktikabel ist.

- Durchsetzung des Programms nur mit gesetzlichen Mitteln, nur, was die Verfassung erlaubt
- Nur Änderungen am damaligen System, nicht Forderung nach einem neuen System
- Wunsch nach starker Vertretung der Partei im Parlament etc.]

Forderungen [nach den programmatischen Vorstellungen]:

- Arbeiterstand muss sich als selbstständige politische Partei konstituieren
- Forderungen nach allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen
- Beseitigung des „ehernen Lohngesetzes“ [hier auch wieder Mehrwert-Theorie]
- Freiwillige, legale Assoziation [Zusammenschluss] der Arbeiter in Produktivgenossenschaften

Forderungen [nach der Praxis, was damals möglich war]:

- Verbot von Sonntags- und Kinderarbeit
- Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter
- Progressive Einkommensteuer statt indirekter Steuern

[Grundlage war also Marxismus, aber dann halt obige Einschränkungen; Reform- statt Revolutionspartei]

[Später BTW auch Aufhebung der Sozialistengesetze durch Bismarck (wegen den großen Erfolgen der SPD)]

21.12.2005

1.9.3 [Sozialistengesetze (1878–1890)]

- Kein Wahlkampf
- Die Sozialisten durften nur noch gewählt werden (und nichts anderes großes etc. machen).

- Trotzdem Wahlerfolge
- Bismarck denkt: „Machen wir eine Sozialgesetzgebung, um die Sozialisten wegzukriegen“ [weil dann würden sie evtl. aufhören, weil sie ja erreicht hätten, was sie wollten (XXX). Bismarck mochte die Sozialisten deswegen nicht so sehr, weil sie ja irgendwie revolutionär etc. waren – die könnten evtl. den schönen Staat wieder kaputt machen]

1.9.4 Staatliche Sozialgesetzgebung

Die Sozialversicherung Bismarcks:

- 1883: Krankenversicherung
Betroffene: Arbeitnehmer ohne Familienmitglieder
Beitragszahler: $\frac{2}{3}$ Arbeitnehmer, $\frac{1}{3}$ Arbeitgeber
- 1884: Unfallversicherung
Betroffene: Arbeiter
Beiträge: Arbeitgeber
- 1889: Invaliditäts- und Altersversicherung (Rente ab 70)
Betroffene: Arbeiter (Familie nicht einbezogen)
Beiträge: $\frac{1}{2}$ Arbeitnehmer, $\frac{1}{2}$ Arbeitgeber
[Aber, da 70 schon ein sehr hohes Alter war, bekamen nur recht wenige die Rente]

13.01.2006

1.10 Die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reichs

1.10.1 Merkmale der Verfassung von 1871 [B. S. 137]

Monarchische Elemente:

- **Stellung des Kaisers**
 - Erblich

- Ernennet und entlässt Minister
- Militärischer Oberbefehlshaber; entscheidet (mit Bundesrat) über Krieg und Frieden
- Aufschiebendes Veto [Aufschiebung in nächste Legislaturperiode; dies konnte er so oft machen, wie er wollte]
- **Bundesrat:** Zusammensetzung und Stellung spiegeln die monarchische Herrschaft wieder.
- **Grundrechte nicht erwähnt**
- **Stellung des Reichstags:** Zustimmung des Bundesrats im Gesetzgebungsverfahren nötig

Demokratische Elemente:

- **Wahlen zum Reichstag** nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht
- **Gewaltenteilung** in Ansätzen verwirklicht [Judikative fiel weitgehend unter'n Tisch. Trennung von Exekutive und Legislative durch Notwendigkeit zur Gesetzeszustimmung durch den Reichstag]

[Konservative hatten Angst vor Untergehen der preußischen Führung; Lösung: Vetorecht des Bundesrats ab 14 Stimmen, Preußen hatte 17 Stimmen.]

[Souverän war der Bundesrat (bei uns: das Volk)]

[System funzte solange der Kaiser und der Reichskanzler miteinander konnten]

[Nach Dreikaiserjahr kam Wilhelm II. an die Macht; dieser war nicht so auf Diplomatie etc. aus wie Bismarck → Bismarck weg]

22.01.2006

1.10.2 Bismarck und die Parteien

- a) Bismarck sah das Reich durch die Sozialisten und den politischen Katholizismus (Zentrum) gefährdet.

→ Gesetze, Kulturkampf: Kanzelparagraph [Verbot politischer Äußerungen von Pfarrern], geistliche Schulaufsicht wurde ersetzt durch den Staat, Maigesetze, [Brotkorbgesetz], [Vereinfachung des Kirchenaustritts]

Zusammenarbeit mit den Liberalen [die Liberalen mussten sich dazu nicht vergewaltigen, weil die Liberalen eh für die strikte Trennung von Staat und Kirche waren]

- b)** Verbot aller sozialdemokratischen oder kommunistischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften

Zusammenarbeit mit den Liberalen [da waren die Liberale eher dagegen, aber weil sie sich erhofft haben, dass, wenn sie kooperieren, Bismarck später was für sie tun würde, kooperierten sie]

- c)** Schutzzölle widersprechen Liberalen

→ Bruch mit dem liberalen Prinzip des Freihandels

Zusammenarbeit mit dem Zentrum

22.01.2006

1.10.3 [„Die politische Bedeutung der Parteien“ (B. S. 153, Quelle M3)

Tendenzpolitik: Unterstützung einer Partei

Bismarcks Haltung: Keine Tendenzpolitik, sondern Zusammenarbeit mit „jeweils passender“ Partei

Bedeutung der Parteien für Bismarck: „Mittel zum Zweck“ (bei uns: Beitrag zur Willensbildung durch Informationen etc.; Unterstützung des Demokratiebewusstseins)]

1.10.4 [„Das Kissinger Diktat (1877)“ (B. S. 167, Quelle M1)

Bismarck möchte Russland und Österreich auf seine Seite ziehen.

England soll nicht auf Frankreichs Seite gehen.

Russland und Österreich sollen aufgrund der eigenen Rivalitäten (zwischen Russland und Österreich) Deutschland als Mittler brauchen („ehrlicher Makler“); ein Bündnis zwischen Russland und Österreich sollte unbedingt verhindert werden.]

[Russland war beim Berliner Kongress (im Vergleich zum Frieden von San Stefano) eher unzufrieden]

24.01.2006

1.10.5 [Ziele von Bismarcks Außenpolitik

- Isolierung Frankreichs
- Bündnispolitik mit Österreich und Russland
- Vermeidung eines Zweifrontenkriegs
- Absicherung der Großmachtsstellung Deutschlands]

1.10.6 [Interessen der einzelnen Großmächte

- Russland wollte einen direkten Zugang zur Ägäis
- Osmanisches Reich ← „kranker Mann am Bosphorus“, war sehr geschwächt]

[Klare Entscheidung gegen Frankreich notwendig für Zusammenarbeit mit Deutschland]

1.10.7 [„Zweibund und Rückversicherungsvertrag“ (B. S. 168, Quelle M2)

Zweibund:

- Bündnis zwischen Deutschland und Österreich–Ungarn
- Bei Angriff von Russland auf Deutschland oder Österreich–Ungarn:
Hilfe an angegriffene Macht
- Bei Kriegsgewinn gemeinsamer Friedensschluss
- Bei Angriff von irgendeiner anderen Macht:
Nicht-angegriffene Macht darf der angreifenden Macht nicht beistehen und muss wohlwollend neutral gegenüber der angegriffenen Macht sein

Rückversicherungsvertrag:

- Bündnis zwischen Deutschland und Russland
- Bei Angriff von irgendeiner Macht (außer Österreich und Frankreich, wenn Deutschland oder Russland Initiatoren des Kriegs waren)
Neutralität, keine Unterstützung irgendeiner Macht
(Teilweise Widerspruch zum Zweibund)
- Zusatzprotokoll!
Zusicherung an Russland
- Verhinderung von Zweifrontenkriegen durch den Rückversicherungsvertrag

(Wilhelm II. fand diese Politik (u.a. gegen Österreich) doof; er betrachtete Österreich als guten Freund etc.)]

1.10.8 [„Charakter der Bismarckschen Friedenspolitik“ (B. S. 170, Quelle M3)

- Friedenspolitik Bismarcks
 - Sicherung der Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nur durch Frieden
 - Keine möglichen Gewinne im Falle eines Kriegs, nur mögliche Verluste (man war ja schon Großmacht, da gab es nicht mehr viel anderes zu holen)
- Friedenspolitik Bismarcks nur aus Nützlichkeitsgedanken?
- Welche Politik (idealistische Friedenspolitik vs. Nützlichkeitsgedanken) hat mehr Erfolg?]

05.02.2006

[Kolonien als Voraussetzung, um als Großmacht zu gelten]

1.10.9 [„Deutschland: »Hammer oder Amboss«?“ (B. S. 182, Quelle M1)

„Hammer“ ← „Hammer schlägt zu“; Ausdehnung Deutschlands

„Amboss“ ← Unterdrückung Deutschlands; die anderen Länder werden größer

Bülow will, dass Deutschland „Hammer“ wird:

- Gebiete friedlich erobern
- Bülow will sich nicht auf die Füße treten lassen
- Starkes Heer, Flotte (Aufstockung, Aufrüstung)

Damit:

- Ziel: Mehr Exportmöglichkeiten (Soziale Frage!; wachsende deutsche Wirtschaft)
- Andere Länder, besonders England, wollten Deutschlands Aufrüstung nicht
- Kolonien um als Großmacht zu gelten
- „Ein Platz an der Sonne“
- „Risikoflotte“: Es soll für jede andere Macht ein Risiko sein, Deutschland/die Flotte anzugreifen
- England wollte mindestens so viele Schiffe haben wie Deutschland und Frankreich zusammen („two-power standard“) ↔ Aufrüstung Deutschlands]

1.10.10 Folgen des Ausbaus der deutschen Kriegsflotte

Bedeutung für Deutschland	Bedeutung für England
Schutz des deutschen Handels und der deutschen Kolonien [Witz]	Bedrohung für die Weltmachtsstellung Englands
Weltgeltung	Streben Deutschlands nach Hegemonie in Europa
Risiko für englische Flotte im Falle eines Angriffs	Bedrohung des two-power standard
Aufwertung als möglicher Bündnispartner Englands	Entscheidenes Hindernis für eine englisch-deutsche Allianz

21.02.2006

1.10.11 [Gründe für den 1. Weltkrieg

- Deutschlands Ultimatum an Russland
Deutschlands Ultimatum an Österreich, dass Österreich sich doch bitte nicht einmischen solle
Grund: Schlieffenplan :
 - Bei Attacke von Österreich/Russland Zweifrontenkrieg (schlecht)
 - Bei Initiierung des Kriegs von Deutschland aus dagegen bessere Chancen: Schnelle Niederwerfung Österreichs, dann Russland
 - → Bei schneller Kriegserklärung Verhinderung eines Zweifrontenkriegs wegen langer Mobilisierungszeit
- Russland war gegen Österreich, da Österreich gegen der großserbische Reich war
- Bündnisverpflichtungen:
 - Deutschland–Österreich
 - Russland–Frankreich
 - Russland–Frankreich–England
- Im Falle eines österreichischen Angriffs auf Serbien Einschreiten von Russland (und damit Frankreich) sowie Deutschland wegen der Blankovollmacht]

1.10.12 Welche Reaktionen waren kriegsfördernd, welche kriegshemmend?

Kriegsfördernd	Kriegshemmend
Deutsche Blankovollmacht für Österreich-Ungarn	Serbische Konzessionsbereitschaft ¹⁴
Französische Blankovollmacht für Russland	Englische Vermittlungsversuche [und Appell Deutschlands an Österreich, die Mittlungsgespräche anzunehmen]
Bündnisverpflichtungen	
Automatik der Mobilmachung ¹⁵	
Ablehnung diplomatischer Verhandlungen	

1.10.13 Ursachen des 1. Weltkriegs

- Serbische Expansionspläne [vereinigtes Reich]
- Französischer Revanchismus [Frankreich will Revanche (XXX: für was?)]
- Russischer Panslawismus
- Deutsch-englischer Gegensatz [z.B. Flottenausrüstung Deutschlands und holländischer Aufstand auf einer englischen Kolonie; Niederlage des militärischen Eingriffs Englands; Telegramm Deutschlands an Holland: „Glückwunsch“ (!!)]
- Nationalismus
- Deutsche Risikopolitik

¹⁴[Serbien hätte Österreichs Ultimatum akzeptiert (bis auf Punkt 5, siehe Blatt „Julikrise 1914 und 1. Weltkrieg“, „aus dem Ultimatum Österreichs an Serbien“); wenn Serbien dann noch die Attentäter bestraft hätte wär alles cool gewesen, aber Österreich wollte nicht. . .]

¹⁵[ca. vier Wochen von Mobilisierungsbeginn bis Eintreffen der Truppen an der Grenze; damit bei Mobilmachung einer Partei Mobilmachung der rivalisierenden Partei notwendig – sonst wäre der Gegner quasi ohne Gegenwehr im eigenen Land. Dass die Mobilisierung auf einer Seite nur zu Verteidigungszwecken/„mal abwarten“ ist, kann die andere Seite ja nicht ahnen. Und wenn sich Truppen erstmal gegenüber standen war das natürlich sehr kriegsfördernd.]

- Imperialismus
- Österreichs Überreaktion
- Aufrüstungspolitik

1.10.14 [„Deutsche Kriegsziele“ (B. S. 191, Quelle M2)]

- (Dies waren die Ziele besonders Radikaler.)
- Schwächung Frankreichs:
 - Abtretung vieler Gebiete Frankreichs an Deutschland (→ deutsche Industrie)
 - Kriegsschadungszahlungen Frankreichs
 - Frankreich als Exportland für Deutschland, Ausschaltung des englischen Handels in Frankreich
 - Damit allgemeines Ziel: Frankreich sollte keine Großmacht mehr sein und auf mindestens 20 Jahre gesehen auch keine mehr werden.
- Errichtung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbands zur Stabilisierung der deutschen Vorherrschaft
- Die Verwirklichung dieser Ziele war nur durch den Gewinn des Kriegs möglich.
- Damit scheiterte z.B. die SPD („ok, stopp, lieber Frieden statt Gebiete“).
- Dann große Materiallieferungen der USA und später auch aktiver Kriegseintritt der USA; damit keinerlei Möglichkeit der Umsetzung des Schlieffenplans
- !!: Bereits Aushandlung des Friedensvertrags zwischen Deutschland und Russland (quasi Gewinn Deutschlands über Russland), aber dann halt leider der aktive Eintritt der USA in den Krieg (XXX: wegen irgendeinem Versehen?)
 - Keine Chance für Deutschland mehr (vgl. auch: Einsatz moderner Panzer; gegen die konnte man nichts tun)]

14.03.2006

[Die Deutschen konnten nicht verstehen, dass sie verloren hatten, weil keine einzige Kriegshandlung auf deutschem Boden stattfand]

20.03.2006

1.11 Die Weimarer Republik

1.11.1 [„Die »14 Punkte« Präsident Wilsons“ (B. S. 199, Quelle M1)

- Räumung Belgiens, Frankreichs, Russlands und Serbiens
- Abgabe Elsaß-Lothringens von Deutschland an Frankreich zurück
- Rüstung nur zur Sicherung der inneren Sicherheit; „Sicherung“ ist ein dehnbarer Begriff: Deutschland durfte nicht selbst über das notwendige Sicherheitsmaß entscheiden.
- Gründung eines unabhängigen polnischen Staats (Gebiet war Teil Ostpreußens, also Gebietsabgabe)
- Abgabe der türkischen Gebiete auf dem Balkan (Türkei war ganz treuer Partner Deutschlands; Gebietsabgabe war evtl. ganz gut für sie, weil sie mit der Verwaltung überfordert waren)
- Rücktritt Wilhelms II.]

1.11.2 Übergang von Kaiserreich zur Republik

- [Spontane] Meuterei der Matrosen in Wilhelmshafen [wegen Auslaufsbefehl (Todeskommando) kurz vor Kriegsende]
- [Sehr schnelle] Ausbreitung der Aufstandsbewegung in vielen deutschen Großstädten
- Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten
- 7.11.: Bayern: Sturz der Wittelsbacher
- 9.11.: Räte übernehmen die Leitung der Zivilverwaltung und das militärische Kommando.
- 9.11.: [Eher unfreiwilliger] Rücktritt Wilhelms II.
M[ax] v[on] Baden überträgt F. Ebert (SPD) das Amt des Reichskanzlers.

1.11.3 Legitimierung der neuen Regierung

Prinz Max von Baden setzt ein: Reichskanzler F. Ebert (SPD)/SPD-Minister

→ Vorsitzenden: Rat der Wahlbeauftragten/3 SPD, 3 USPD ← bestätigt [von der]

Versammlung der Arbeiter und Soldatenräte von Großberlin [damit Ablehnung des Rätessystems – wer wollte BTW das Rätessystem? die Kommunisten.]

→ Doppelte Legitimation (von oben [Adel, altes Regime, Konventionelle (durch Max von Baden)] und unten [Räte])

Ebert-Groener-Bündnis: SPD + OHL

- Motive Eberts:
 - Einbindung der Heeresleitung [dann hatte Ebert sie mehr unter Kontrolle, dachte Ebert]
 - Sicherung der SPD-Regierung
 - Verhinderung einer bolschewistischen Revolution

- Motive Groeners:
 - Eindämmung der Revolution
 - Teilnahme des Offizierkorps an der Macht
 - Rechter Flügel der SPD als Bundesgenosse zur Bewahrung der ersten Ordnung
 - [Ebenfalls Verhinderung einer bolschewistischen Revolution]

[Die USPD konnte sich nie so richtig mit dem Ebert-Groener-Bündnis anfreunden.]

24.03.2006

1.11.4 Forderungen an eine demokratische Verfassung

- Volkssouveränität
- Grundrechte
- Gewaltenteilung
- Pluralismus
- Freie, allgemeine, gleiche, geheime Wahlen
- Regierungskontrolle
- Sozialstaatlichkeit

1.11.5 Elemente der Weimarer Verfassung

28.03.2006

- **Direkte Demokratie:**

- Wahl des Reichstags (Art. 22)
- Direktwahl des Reichspräsidenten (Art. 41) [dass der Reichspräsident direkt gewählt wird ist die Begründung seiner großen Macht]
- Volksbegehren/-entscheid (Art. 73)

Kombination von Befugnissen der Wähler

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichspräsidenten (XXX: richtig abgeschrieben?)

- **Parlamentarische Demokratie:**

- Gesetzgebung (Art. 68)
- Veto gegen Notverordnungen (Art. 48)
- Einfaches Misstrauensvotum¹⁶ (Art. 54)
- Antrag zur Absetzung des Reichspräsidenten (Art. 43)

Kombination von Befugnissen des Reichstags

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichspräsidenten

- **Präsidentdemokratie:**

- Einsetzung und Entlassung des Reichskanzlers (Art. 53)
- Auflösung des Reichstags! (**Art. 25**)

¹⁶bei uns: Konstruktives Misstrauensvotum – Nachfolger muss bereits gewählt sein. Dient der Verhinderung von Zeiten ohne Reichspräsident, wie es bei der Weimarer Republik oft der Fall war.

- Notverordnungsrecht! (**Art. 48**)
- Herbeiführung des Volksentscheids (Art. 73)

Ersatzkaiser!

Kombination von Befugnissen des Präsidenten

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichstags

[Reichspräsident kann Grundrechte außer Kraft setzen.]

[Souverän ist das Volk (im Gegensatz zur Verfassung des Kaiserreichs von 1871, nach der der Bundesrat Souverän war).]

1.11.6 Grundzüge der Weimarer Verfassung

- Grundrechte werden erwähnt, können aber aufgehoben (Art. 48) und nicht eingeklagt werden.
- Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (wird z.B. bei Wahl des Reichspräsidenten voll durchgesetzt).
- Wahlberechtigt sind alle Bürger über 20, auch Frauen.
[Eine Entmündigung der Frau war, nachdem die Frauen im 1. Weltkrieg Männerarbeit übernommen hatten (Versorgung der Familie, Rüstungsindustrie, . . .), nicht mehr denkbar.]
- Verhältniswahlrecht statt Mehrheitswahlrecht¹⁷
- Aufwertung des Reichstags (Gesetzgebung, Misstrauensvotum)
- Länder existieren als Staaten weiter, aber [das] Reich hat erheblichen Zuwachs an Kompetenzen erhalten.
- Starke Stellung des Reichspräsidenten: „Ersatzkaiser“
- Reichsrat hat nur zurückweisbares Veto bei Gesetzgebung (aber auch Initiative).
- Volksbegehren, Volksentscheid beteiligen Wahlbürger unmittelbar an Gesetzgebung.

31.03.2006

¹⁷In einer Mehrheitswahl ziehen nur solche Kandidaten in das Parlament ein, die in ihrem jeweiligen Wahlkreis die Mehrheit an Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten. Alle anderen Stimmen verfallen („the winner takes all“-Prinzip). (Wikipedia)

[„Das Grundgesetz – Lehren aus Weimar“ (B. S. 223, Quelle M8)

- „Die Demokratie der Weimarer Republik beging Selbstmord.“
D.h.: Die Demokratie hatte sich nicht selbst beschützt, sondern ausschließlich die Volksmehrheit entscheiden lassen. Da sich das Volk gegen die Demokratie entschieden hatte (und für die NSDAP), „beging“ die Demokratie „Selbstmord“.
- Im deutschen Grundgesetz dagegen beschützt sich die Demokratie selbst.
 - Es gibt es viele Hürden/Hindernisse, die ein Beseitigen der Demokratie sehr schwer machen.
 - Außerdem kann das Bundesverfassungsgericht beispielsweise bei nicht verfassungsmäßigen Gesetzesbeschlüssen durch den Bundestag einschreiten.
- Das Grundgesetz wurde deswegen so gestaltet, weil die Macher der Verfassung die negativen Folgen (Hitler) miterlebt hatten und eher Pessimisten waren – nicht: „das wird schon nicht wieder passieren“, sondern: „lasst uns alles dagegen unternehmen, damit Hitler 2 nicht an die Macht kommen kann“.
- (Soll sich die Demokratie selbst schützen oder der Volksmehrheit folgen und gegebenenfalls „Selbstmord begehen?“ – Z. 65ff.)]

[„Das Rätssystem in der Theorie“ (Blatt „Auseinandersetzungen um die neue politische Ordnung“, Quelle M1)

- Ideal: Das Volk entscheidet und regelt selbst.
- Problem: Bei sehr vielen Einwohnern geht das nicht.
- Daher notwendige Veränderungen:
 - Wahl von Delegierten

- * Delegierte dürfen nicht ihre eigene Meinung vertreten, im Gegensatz zu Abgeordneten, die relativ frei, nach ihrem eigenen Gewissen, entscheiden dürfen (nur in der Praxis Druck der Partei; freies Mandat). Delegierte erhalten Anweisungen von ihren Wählern, die sie befolgen müssen (imperatives Mandat).
- * Delegierte können jederzeit abgesetzt werden, etwa, wenn sie den Wählerwillen nicht befolgen (recall).
- * Die Delegierten sollen aus der gleichen sozialen Schicht stammen wie die Wähler.
(Eigentlich soll's ja gar keine sozialen Schichten mehr geben (wegen (*)); hier wird aber trotzdem der Sichtbegriff genannt, es wird also auf die Realität eingegangen.)

- Volksentscheide

- Ziel ist nicht, Mehrheitsentscheide herbeizuführen.

Stattdessen: Versuch, allgemein akzeptierte Meinungen zu finden, die dann umgesetzt werden können (vgl. Rousseau). (*)

- Kein Herrscher übers Volk

04.04.2006

- Keine Gewaltenteilung (unnötig wegen Aufhebung der Klassenherrschaft; keine einzelnen Regierungspersonen)

- Zugrundeliegendes Menschenbild: Vernunftausgestatteter Mensch; Jeder kann vernünftig denken und kommt zu gleichen Ergebnissen (Volonté générale; Rousseau)

- Rätehierarchie

- Keine Parteien, keine Verbände; kein Mehrparteiensystem

31.03.2006

- (Siehe auch: B. S. 215)

04.04.2006

- Übernahme einiger Aspekte des Rätessystems durch die Grünen: Ein Grüner ist entweder Abgeordneter oder er hält eine höhere Position innerhalb der Partei inne.

- Kritik am Rätessystem:

- Gemeinsame Willensbildung sehr schwierig (viele Leute, viele unterschiedliche Ausgangsbasen)

- Konsens geht auf Kosten der Minderheiten und der Mehrheiten:
Es wird ja nur eine Meinung aus einer Versammlung herausgetragen; diese muss nicht notwendigerweise der ursprüngliche Meinung der Mehrheit entsprechen.
Außerdem können Minderheiten eventuell besser vertreten sein (z.B. bessere Redner etc.).
- Langwieriger Entscheidungsfindungsprozess
- Menschenbild unrealistisch
- Daher in der Praxis unpraktikabel; zwingt man's trotzdem, hat man entweder Diktatur von Minderheiten oder ein sehr träges System.

- (Blatt: „Die Entwicklung zur bayerischen Räterepublik“)]

1.11.7 [Der Versailler Vertrag

- Französischer Revanchismus;
 - Frankreich will nicht, dass sich Deutschland schnell erholt.
 - Frankreich will nicht, dass Deutschland an den Friedensverhandlungen teilnehmen darf.
- Englische Devisen:
 - (England war immer Hegemonialmacht, England hat's aber besser verkaufen können:
 - * balance of power
 - * Schiedsrichterposition)
 - England will einen lebensfähigen deutschen Staat; „ansonsten müsste man eventuell Geld reinpumpen, damit die Leute nicht verhungern. . .“
- Ziele Amerikas:
 - Der deutsche Staat soll demokratisch sein (Wilson's 14 Punkte; Grund für Hoffnung der Deutschen)

- Amerika will sein Geld zurück: Die USA hatten Frankreich und England Kredite gewährt; Reparationszahlungen Deutschlands zur Wiedergutmachung aller Kriegsschäden (ca. 150–200 Milliarden Goldmark) wären also vorteilhaft; damit könnten die Kredite zurückgezahlt werden.

Grundlage dafür: Feststellung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands (Artikel 231 des Versailler Vertrags)

Ziele/Folgen/Konsequenzen des Versailler Vertrags

- Wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands
 - Besetzung Deutschlands? – Nein, zu teuer.
 - Keine Handelsbeziehungen mit Deutschland eingehen? – Nein, das wäre ein Eigentor; dann könnte man ja auch nichts absetzen. (*)
 - Keine Rohstoffe liefern? – Nein; (*)
 - Vorhandene Rohstoffe wegnehmen? – Ja! Gebietsabtretungen (u.a. Elsaß–Lothringen (Industriegebiet), Oberschlesien (rohstofftechnisch sehr wichtig für die Industrie), Posen und Westpreußen (→ Gründung des eigenständigen polnischen Staats; damit Abtrennung Ostpreußens vom Rest Deutschlands (heute gehört Ostpreußen zu Russland))), Besetzung des Rheingebiets (XXX: richtig mitgeschrieben?), Ruhrgebiet als entmilitarisierte Zone
- Militärische Beschränkungen
 - Nur noch Berufsheer von 100.000 Mann → Entwurzelung vieler Berufssoldaten, die dann arbeitslos wurden → Freikorps (Kräfte pro Monarchie; ungut für den Staat)
 - Keine Schlachtschiffe, U-Boote, Luftstreitkräfte, schwere Waffen (BTW: Ausnutzung der schwammigen Definition von „schweren Waffen“ und des waffentechnischen Fortschritts durch Hitler), Generalstab
- Demütigung Deutschlands

- Kriegsschuldartikel
 - Auslieferung der „Kriegsverbrecher“
 - Souveränitätsbeschränkungen
 - Überwachungskommission der Entente:
 - * Reparationskommission
 - * Abrüstungskommission
 - Entzug der Kolonien (wirtschaftlich war dies vollkommen egal, aber dies war eine große Demütigung: Der offizielle Grund für den Kolonienentzug war, dass Deutschland unfähig gewesen sei, die Kolonien zu verwalten)
- Rechte wettern gegen den Versailler Vertrag → Stimmen für die Rechten;
 - Allgemein schlechte Stimmung
 - Entstehung neuer Staaten (B. S. 227, 231): Späteres Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei
 - Die Deutschen verstanden das ganze nicht, weil keine Kriegshandlung auf deutschem Boden stattgefunden hat.
 - Die Regierung, die den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, hatte wegen der schlechten Stimmung große Probleme (starkes linkes Potenzial (→ Räteregime), Freikorps, Altkonservative etc.)

07.04.2006

Blatt „Zwei Fachwissenschaftliche Bewertungen des Versailler Vertrags“ (XXX)

- Ludwig Dehio (1955)
 - Versailler Vertrag provozierend für Deutschland, Vertrag nicht versöhnlich
 - Deutschland fühlt sich geknechtet, hat aber nicht so wahnsinnig Angst vorm Frieden
 - Versailler Vertrag zu hart für milden Frieden, zu schwach für längerfristige Niedrighaltung Deutschlands (v.a. Frankreich wollte einen sehr harten Vertrag, England und USA waren mehr auf Versöhnung aus)

- Versailler Vertrag zusammengebaut aus idealistischen (Wilson's 14 Punkte) und realistischen Paragraphen (Gebietsentzüge etc.)
- Es gab keine Macht, die Deutschland in Schach/klein hätte halten können.
 - Gebietsentzüge („wenn's keine überlegene Macht gibt, dann entziehen wir halt stattdessen Gebiete“)
- Ulrich Salewski (1980)
 - Versailler Vertrag nicht so schlimm wie viele immer meinen
 - Kriegsschuldartikel sollte eigentlich „Kriegsschuldenartikel“ heißen; den Artikel gab's eigentlich nur, um (vollständige) Reparationsforderungen stellen zu können (wenn Deutschland offiziell nicht die Alleinschuld tragen würde, hätte man nicht Reparationszahlungen (in dieser Höhe) verlangen können).
 - Der Kriegsschuldartikel war also ausschließlich finanziell-zivilrechtlich; dieser Aspekt wurde in Deutschland aber unterdrückt (Propaganda etc.)
 - Volk wertete den Versailler Vertrag als moralischen Pranger
 - Schaffung des Friedens auf Kosten der Demokratie:
 - XXX XXX Revisionspolitik (Veränderung Deutschlands im Sinne Deutschlands) → Erschütterung der Weimarer Verfassungsidee

25.04.2006

1.11.8 „Fritz Fischer: Vom Zaun gebrochen – nicht hineingeschlittert“ (B. S. 234, Quelle M4)

- Vorbereitung des Kriegs durch Deutschland (politisch, militärisch, wirtschaftlich, geistig)
- Anschlag als idealer Vorwand, als (positiv zu verstehende) Chance
 - Benötigung der Unterstützung Deutschlands durch Österreich

– Verbürgung der Konstellation durch Bündnistreue

- Ultimatum Deutschlands an Russland als Provokation für Russland
- Desinteresse Deutschlands und Österreichs an Verhandlungen
 - Abweisung der Verhandlungsversuche Russlands
- Beschließung der Generalmobilmachung in Russland – Russland will Serbien sich nicht so einfach nehmen lassen.
- Österreich doch bereit zur Einigung mit Russland (Z. 64) → Friedensgespräche
- Reaktion Deutschlands auf Österreichs Einigungsversuche: Deutschland ist ein bisschen verzweifelt („wir verlieren Österreich als Partner“)
 - Ultimatum Deutschlands an Frankreich und Russland, damit das Problem (die Friedensverhandlungen) schnell beseitigt wird
- Ablehnung Russlands wegen der hohen Forderung des Abbruchs der russischen Generalmobilmachung
- Kriegserklärung Deutschlands an Russland
- Beurteilung der Quelle: „Naja“ – beispielsweise hat Deutschland zwar zuerst gegen die englischen Vermittlungsversuche gegengelenkt, dann aber eingelenkt.

1.11.9 „Von der Politik des »kalkulierten Risikos« zum Durchbruch des Präventivkriegsgedankens“ (B. S. 236, Quelle M5)

- Attentat ist Dilemma für Deutschland
 - Risiko eines Weltkriegs
 - Hoffnung auf Vermeidung (diplomatisch-politische Kraftprobe; Z. 13)

- Deutschland meinte, man müsse Österreich wegen den Bündnisverpflichtungen helfen müssen.
- Innenpolitischer Druck in Russland führte zu für Deutschland irrationalen Verhalten Russlands;
- Deutschland hat sich verrechnet; das Risiko war unter der Annahme kalkuliert, dass die anderen Länder sich zu schwach fühlen, um wirklich in den Krieg zu ziehen (Russland hatte beispielsweise Rüstungsprobleme). Auch wurde der innenpolitische Druck in Russland nicht mit einbezogen.
- Die Theorie des kalkulierten Risikos ist also gescheitert, der Generalstab konnte seine Meinung (pro Krieg) durchsetzen („längeres Warten wäre gefährlich“).]

12.05.2006

[Die Reichwehr ging gegen linke Aufstände vor, nicht aber gegen rechte: Die Rechten waren durch die Freikorps vertreten – gehörten also früher zur Reichswehr; „Truppe schießt nicht auf Truppe“]

[Die Mehrheit war zwar für die Republik, aber die Mehrheit war still, nicht politisch aktiv. Nur die Gegner der Republik unternahmen was.]

1.11.10 [„Die Sühne der politischen Morde 1918–1922“ (B. S. 251, Quelle M4)

- Die Rechten kamen (sehr) gut davon (326/354 ungesühnt),
- die Linken dagegen kamen schlecht davon (4/22 ungesühnt).
- Tendenz der Justiz klar pro Rechts; Beispiel auch: Hitlers Haft nach seinem ersten, missglückten Putschversuch betrug nur neun Monate (statt mindestens zehn oder so).

Grund dafür: Die Entscheidungsträger waren ja die alten Beamten – Beamte kann man ja auch nicht so schnell einfach entlassen – und die waren noch monarchisch gesinnt, Treue zum Kaiser etc. → Klar pro DNVP

- Auswirkung auf die Bevölkerung:
[Abstumpfung des Rechtsgefühls]

[Separatistenbewegungen, vor allem in Bayern]

16.05.2006

1.11.11 [Inflation in der Weimarer Republik]

Gründe

- Umstellungskosten für die Friedenswirtschaft
- Reparationen in Goldmark [also in Gold, nicht beliebig druckbarem Papiergeld]
- Finanzierung von Lebensmitteleinfuhren durch die Notenpresse
- Verringeretes Angebot durch Reparationen
- Staatsfinanzierung durch Reichsbankdarlehen
- Fehlende Steuereinnahmen während des Ruhrkampfes
- Finanzierung des Ruhrkampfes mit der Notenpresse

Verlierer der Inflation

- Inhaber von Sparguthaben
- Inhaber von Pfandbriefen
- Inhaber von staatlichen Schuldscheinen
- Vermieter
- Arbeitnehmer [insbesondere auch Beamte]

Nutznieser der Inflation

- Staat
- Private Schuldner
- Spekulanten
- Investoren

Folgen

- Teilweise Verarmung (Proletarisierung) des bürgerlichen Mittelstands
- Abwälzung der Kriegskosten auf einen Teil der Bevölkerung
- Verstärkung der sozialen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft
- Unzufriedenheit mit der Politik und der Struktur des neuen Staats: Vertrauensschwund

[Der Staat hatte anfangs nichts großes gegen die Inflation gemacht – er wollte den Alliierten zeigen, dass Deutschland den Forderungen des Versailler Vertrags nicht nachkommen **konnte**. Später gab's dann die von rechts stark kritisierte Erfüllungspolitik – der Staat wollte die Unmöglichkeit der Erfüllung des Versailler Vertrags dadurch zum Ausdruck bringen, indem er alles möglichst stark versuchte.]

19.05.2006

1.11.12 [Die Außenpolitik der Weimarer Republik]

- Deutschland war isoliert, hatte also keine Bündnisse.
- Ziele der Außenpolitik waren daher:
 - Gleichstellung Deutschlands → Aufhebung der Isolation; Integration Deutschlands
 - Bewahrung des Friedens
 - Revision des Versailler Vertrags]

[Wieso war auch die Sowjetunion isoliert? – Weil sie sozialistisch/kommunistisch war.]

[Ein Bündnisschluss zwischen Österreich und Ungarn sowie Deutschland und Österreich war verboten.]

[Der Rapallo-Vertrag 1922

Überlegung: Sollte Deutschland mit der Sowjetunion ein Bündnis eingehen?

- Eigentlich nicht, weil:
 - Die Sowjetunion war sozialistisch/kommunistisch.
 - Das Ansehen Deutschlands (und damit die Hoffnung auf Versöhnung etc.) würde mit einem Bündnisschluss mit der Sowjetunion noch weiter sinken.
 - Einige der Krisen der Republik – Aufstände von links – kamen ja/wurde von der Sowjetunion unterstützt.
 - Insbesondere von rechts würde der Vertrag auf großen Widerstand stoßen.
 - (Die Sowjetunion befürwortete das Bündnis, kritisierte aber, dass der Impuls nicht vom Volk ausging.)
- Trotzdem wurde 1922 der Rapallo-Vertrag geschlossen.
- Vorteile, die sich damit ergaben:
 - Begünstigung bei Wirtschafts-/Handelsbeziehungen (beispielsweise Exportmöglichkeiten für die deutsche Schwerindustrie)
 - Rüstungsmateriallieferungen an die Sowjetunion (Material, Know-how, Endprodukte); im Gegenzug durfte Deutschland in der Sowjetunion neue Waffen testen, die wegen technologischen Fortschritts die Restriktionen des Versailler Vertrags unterliefen. (Die Waffen in Deutschland selbst zu testen war verboten.)
„lol“ Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee
 - Verzicht auf gegenseitige Reparationszahlungen
- Annahme des Vertrags nicht sehr positiv, da ja komisches Regime in der Sowjetunion etc. – die Leute hatten Panik vor einer sowjetischen Weltrevolution (→ Locarno-Vertrag zur Beruhigung). Die SPD hielt den Zeitpunkt für nicht richtig, nur die DVP (XXX korrekt?) fand als einzige Partei der Vertrag für wirklich gut.]

[„Grundzüge der Außenpolitik Stresemanns“ (B. S. 261, Quelle M3)

- Sicherstellung des Friedens und Lösung der Reparationsfrage (Absenkung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß) durch den Sicherheitspakt/Vertrag von Locarno [ist Stresemann zu seiner Zeit nicht wesentlich gelungen (u.a. weil in Frankreich ein deutschlandfandlicher Chef an die Macht gekommen ist), langfristig gesehen aber sehr wohl]

Vertrag von Locarno 1925 (wesentliches Ziel: Aussöhnung; beinhaltet Sicherheitspakt) und Berliner Vertrag 1926:

- Vertragsinhalte:

- * Garantie der Westgrenzen [sollte es zur Verletzung der Grenzen kommen, würden England etc. sofort einschreiten]
- * Angriffsverzicht gegenüber Frankreich und Belgien (Da man rein kriegstechnisch gesehen sowieso nicht hätte Krieg führen können, war dies quasi nur eine theoretische Einschränkung.)
- * Aussöhnung mit Frankreich
- * Deutschland–Italien, Deutschland–Frankreich, Deutschland–Belgien, Deutschland–England = Westpakt
- * Offenhaltung der Ostgrenze
- * Revisionsmöglichkeiten (Gewaltverzicht)
- * Isolierung Polens

23.05.2006

- Misstrauen der Sowjetunion: Deutschland sollte laut Vertrag von Locarno im Falle eines russischen Angriffs die Alliierten/die Entente/XXX unterstützen
- Daher der Berliner Vertrag als Freundschaftspakt mit Russland zur Beruhigung
- Ergebnis der beiden Verträge:
 - * Deutschland ist sicher vor einem englisch–französisch–sowjetischem Konflikt.
 - * Deutschlands Eintritt in den Völkerbund (1926) ist vorbereitet.

- * Beruhigung der Bevölkerung, die panische Angst vor einer sowjetischen Weltrevolution hatte; mit dem Vertrag von Locarno hätte Deutschland im Fall des Falles viele Verbündete gegen Russland.

19.05.2006

- Schutz der Auslandsdeutschen (Deutsche, die in den weggenommenen Gebieten Deutschlands lebten; ca. 10–12 Millionen) durch Eintritt in den Völkerbund

Der Völkerbund war zu der Zeit noch nicht so mächtig wie die UNO heute – beispielsweise stand keine Armee hinter ihm etc. Es zählte die Integration Deutschlands – Deutschland sollte wieder „dazu gehören“. Stresemann wollte den Völkerbund als Plattform nutzen, um Probleme zu lösen und Deutschlands Ansehen aufzubessern.

Die Stimmung für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund war eher schlecht (lies: katastrophal), da man befürchtete, Deutschland könne bei Entscheidungen überstimmt werden. Dabei mussten Beschlüsse immer einstimmig gefasst werden; diese Sorge war also unbegründet.

- Korrektur der Ostgrenzen: Wiedergewinnung Danzigs und Korrektur der Grenze in Oberschlesien
- Ganz im Hintergrund: Anschluss Deutschlands an Österreich
Dieser Hintergedanke Stresemanns wird oft vergessen, weil Stresemann anscheinend eher positiv gesehen wird, Hitler diesen Anschluss aber auch verfolgte.
- Aufhebung der Besatzung Deutschlands (beispielsweise im Ruhrgebiet)
- (Weiteres, nicht erreichtes Ziel: Vorzeitige Rückgliederung des Saarlands)
- (Gegen Bolschewismus)]

**[„Innenpolitische Auseinandersetzung um die Locarno-Verträge“
(B. S. 263, Quelle M4)**

- Meinung der Linken: Die Verträge führen zu/bedeuten. . .

- Verschärfte Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung Deutschlands → Elend, Not
- Deutschland als Kriegsbütteldienstleister
- Auslieferung des Rheinlands
- **Kriegsdienstverpflichtung der deutschen Bevölkerung für die Entente gegen Russland**
- Anerkennung des Besatzungsregimes

- Meinung der Nationalsozialisten:

Deutschland, das durch die Reichsgründung ein in sich geschlossener Staat geworden sei, würde durch den Vertrag von Locarno wieder zerrissen werden.]

[Endgültige Reduzierung der Reparationszahlungen auf eine relativ geringe einmalige Zahlung (die dann auch nicht gezahlt wurde) durch den Young-Plan.]

24.06.2006

1.11.13 Übersicht über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik

- **Autoritäre Staatstradition**
 - Demokratiefeindschaft
 - Parlamentarismusfeindschaft
- **Republikfeindschaft**
 - Abgrenzung von „Novemberverbrechern“
 - Dolchstoßlegende
- **Belastungen durch den Versailler Vertrag**
 - Gebietsabtretungen
 - Reparationen
 - Ruhrbesetzung
- **Inflationserfahrungen**

- Verarmung der Mittelschichten
- Politische Radikalisierung
- Kapitalismusfeindschaft

- **Schwächen der Verfassung**

- Reichspräsident als Ersatzkaiser
- Reichstagsschwäche

→

- Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit
- Ende der Weimarer Koalition
- Kampf der KPD gegen die SPD, Zerstrittenheit der Linken
- Bürgerkriegsstimmung zwischen Links- und Rechtsradikalen
- Scheu der Eisernen Front vor Gewaltaktionen zur Rettung der Republik
- Versagen der Präsidialkabinette
- Massenwirksame NS-Propaganda

→ Ende der Weimarer Republik

15.07.2006

1.12 Herrschaftsprinzipien in Demokratie und Führerstaat

Demokratie	Führerstaat
Willensbildung von unten nach oben	Befehlsstruktur von oben nach unten
Meinungskonkurrenz und Mehrheitsentscheid	Unterordnung unter charismatischer Führerpersönlichkeit
Annuität der Herrschaft	Unbegrenztheit der Herrschaft
Herrschaftskontrolle durch Parlament	Bestätigung der Führerentscheidungen

1.12.1 Merkmale der NS-Herrschaftsordnung (Führerstaat)

- Der Führer ist alleiniger Träger der Hoheitsgewalt.
- Jede Gewalt in Staat, Partei und Gesellschaft ist vom Führer abgeleitete Gewalt.
- Der Führer ist der Vollstrecker des völkischen Gemeinwillens; er repräsentiert den Weillen der Volksgemeinschaft schlechthin.
- Die Führergewalt ist umfassend und total, sie umschließt alle drei Gewalten (Leg., Exe., Jud.).
- Die Führergewalt erfasst alle Volksgenossen, die sich ihr bedingungslos fügen müssen.
- Die Führergewalt kennt weder Beschränkungen durch Kontrollen, noch die Respektierung von Schutzbereichen und Rechten des Individuums; „Parteilichkeit“ des Rechts

1.12.2 Kennzeichen der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung

- Alle Staatsgewalt geht allein vom Volk aus (Grundsatz: Volkssouveränität).
- Es gelten daher: parlamentarisches Prinzip, Repräsentationsprinzip, innerparteiliche Demokratie
- Repräsentativprinzip und parlamentarisches Prinzip
- Prinzip der Gewaltenteilung und der wechselseitigen Gewaltenteilung
- Sicherung einer unantastbaren, staatsfreien Sphäre durch Grundrechte; Recht auf Widerstand
- Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und eine unabhängige richterliche Gewalt; Einschränkung der staatlichen Gewalt durch Sicherung der Menschenrechte und des Rechtsschutzes; unparteiisches Recht im Dienste der Gerechtigkeit für den einzelnen Menschen (Schutz des Individuums vor dem Staat)

1.13 Hitlers außenpolitisches Programm

[Quellen auf S. 17-20 („Hitlers außenpolitische Zielsetzung“, „Die »Hoßbach-Niederschrift«“)]

- Revision des Versailler Vertrags
Abkehr von der Politik Stresemanns
- Deutschland soll freier Machtstaat werden
- Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes →
- Erweiterung des Lebensraums nach Osten [Ziel wegen der vergleichbar niedrigen Bevölkerungszahl würr]
[Nach Osten deshalb, da sich England und Italien dort wohl nicht einmischen würden. Nur Frankreich wäre dagegen, aber Frankreich ist ja eh Immer-Gegner.]
- Krieg
- Starke Armee [Flotte weniger]
- Niederwerfung Tschechiens und Österreichs
- Bündnisse mit England und Italien?

[Nicht: Wiederherstellung der Grenzen von 1914 (→ sofort wieder Krieg mit den Siegermächten) und Handelsflotte etc. (→ England (und damit auch Frankreich) als Gegner)]

20.09.2006

1.13.1 Schritte der Innenpolitik

- Ideologische Festigung
 - Bekämpfung der Gegner
 - Ideologische Schulung
 - Errichtung einer Diktatur
- „Wehrpolitische Festigung“
→ offizielle Aufrüstung [Soldaten und Geräte etc.; entgegen dem Versailler Vertrag!]

→ Schaffung eines Machtstaats

→ Bündnisfähigkeit

[Unterstützung der Landwirtschaft, der Basis des Volks mit Blick auf ernährungstechnische Autarkie]

[Wieso nicht mal eben jetzt schnell angreifen? – Wirtschaftliche Probleme (zu wenig Rohstoffe etc.) und Aufrüstung noch zu unweit fortgeschritten]

24.09.2006

1.13.2 Die „Angliederung“ des Sudetenlands 1938

Tschechoslowakei als Nationalitätenstaat

→ „Tschechisierungspolitik“ [betrieben durch die Tschechen]

→ Widerstandsgruppen [der Sudetendeutschen]: Konrad Henlein

Völkerrechtswidrig und für heute ungültig: Münchner Abkommen

September 1938 (England, Frankreich, Italien, Deutschland)

Britische Appeasement-Politik:

- [„Auf gar keinen Fall Krieg“
- Keine militärischen Aktionen
- Bündnisse; Vermittlerrolle
- War die Appeasement-Politik schuld am zweiten Weltkrieg? – Wohl nicht, aber es wäre durchaus sinnvoll gewesen, beim ersten Bruch des Versailler Vertrags Deutschland zu besetzen oder so.]

24.09.2006

[England wollte den sich anbahnenden Krieg vermeiden und schlug eine Konferenz vor. Mussolini überzeugte Hitler von diesem Vorschlag.]

Hitlers Nahziel („Hoßbach-Protokoll“)

Zerschlagung der CSSR als „Flankenbedrohung“ (CSSR seit 1935 Partner Frankreichs und der UdSSR)

1.13.3 [Phasen]

1. Phase: Die vorbereitende Phase 1933–37 (Doppelspiel)

– [Verschleierung der wahren Ziele]

- Austritt aus dem Völkerbund
- Allgemeine Wehrpflicht
- Flottenabkommen [Deutschland sollte gegenüber England nur 35 % an Schiffen besitzen]
- Nichtangriffspakt mit Polen
- Achse Berlin–Rom

– Annexionen (1937–39)

- Anschluss Österreichs
- Münchner Viermächtekonferenz
- Erledigung der Resttschechei
- Memelland
- Hitler–Stalin-Pakt [ist keine Annexion]

27.09.2006

- [Pakt zwischen faschistischem Deutschland und kommunistischen Russland; ideologischer Widerspruch!]
- Russland hatte ein Bündnis mit Frankreich; durch den Hitler–Stalin-Pakt konnte sich Deutschland gegen einen Zwei-Fronten-Krieg absichern.
- Russland fand doof, dass Russland nicht am Münchner Abkommen beteiligt war; der Hitler–Stalin-Pakt beschwich-tigte daher Russland ein wenig. („Nein, du bist nicht iso-liert“)
- Aussagen des Pakts:

- * Kein Krieg zwischen Russland und Deutschland; bei Konflikten friedliche Regelung, notfalls über eine Schlichtungskommission
 - * Befindet sich Russland oder Deutschland im Krieg mit einer dritten Macht, so darf diese dritte Macht nicht unterstützt werden.
 - * Russland und Deutschland dürfen keine Verträge abschließen, die gegen den jeweiligen Vertragspartner gerichtet sind.
 - * Territoriale Aufteilung: Polen halbe/halbe, Bessarabien (im Südosten Europas) bekommt Russland
- Vertragsdauer: 10 Jahre
 - Widerspruch mit Deutschlands Vertrag mit Japan gegen die Komintern]

[2. Phase: Entfesselung des zweiten Weltkriegs]

- [Blitzkriege]

- [Angriffskrieg der Alliierten]

05.10.2006

[Im Ersten Weltkrieg hat sich die Stellung der Frau geändert, beispielsweise durften Frauen wählen etc. Bei Hitler erfuhr die Emanzipationsbewegung einen Rückschlag; Akademikerinnen waren nicht gern gesehen; die Frau sollte in die Küche und Soldaten gebären.]

06.10.2006

[Atlantikcharta von 1941:

- Selbstbestimmungsrecht der Völker (Wahl der Regierungsform)
Stalin unterschrieb zwar auch die Charta, hielt sich aber nie an diesen Punkt.
- Freier Welthandel; freie Meere; wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Gegen Waffengewalt; Entwaffnung aggressiver Nationen/Mächte]

1.13.4 Weltpolitik

Friedenssicherung durch

- Konferenzen der Alliierten (Außenminister)
- Vereinte Nationen (gegründet 26.8.1945 [XXX Wikipedia nennt anderen Termin])
- Vorbereitung von Friedensverträgen mit den Besiegten des Zweiten Weltkriegs

1.13.5 Deutschlandpolitik

- Demilitarisierung
- Denazifizierung
- Dezentralisierung
- Demontagen
- Demokratisierung

1.13.6 [Potsdamer Abkommen]

Nationalsozialisten/Kriegsverbrecher

- Denazifizierung
- Bestrafung der Kriegsverbrecher

Politische Grundsätze

- Demilitarisierung
- Dezentralisierung
- Denazifizierung
- Demokratisierung

Wirtschaftliche Grundsätze

- Demilitarisierung
- Dezentralisierung

Reparationen

Sachleistungen; Hälfte an UdSSR auch aus Westzonen [weil die UdSSR die größten Verluste während des Kriegs erlitt]

Gebietsabtrennungen

- Königsberg an UdSSR
[Ostpreußen (mit wichtiger Stadt Königsberg) hälfte/hälfte an UdSSR und Polen]
- Westverschiebung Polen/Deutschlands; Oder-Neiße-Linie

21.10.2006

1.13.7 [Nationalsozialistische Besatzungspolitik (B. S. 41f.)

Im Osten

- Rassistische Vernichtung der Juden; systematische Verfolgung
- Franke: Wirtschaftliche Überlegungen
Kompetenzstreitigkeiten zwischen Himmler und Frank
- Sofortige Exekution von Kommissaren der Roten Armee
- Plan: Umvolkungsprozess eines kleinen Teils, gefolgt von deutscher Besiedlung [XXX ka ob Plan ernstgemeint]
- Deportation großer Bevölkerungsteile nach Restpolen, Sibirien
- Slawen als Menschen zweiter Klasse
- Elimination der Führungsschichten durch Ermordung
- Angliederung Westpolens
- Reichsgaue ← „Volksdeutsche“ aus baltischen Staaten, Polen, Ukraine und aus Weißrussland

Im Westen

- Einverleibung einiger Gebiete
- Zivilverwaltung (Deutsche an der Spitze, die direkt Hitler unterstellt waren)
- Gleichschaltung
- Strenge Kontrolle
- Hauptziel wirtschaftliche Ausbeutung
- Auslieferung von Juden]

1.13.8 [„Die Vernichtung der europäischen Juden durch den Nationalsozialismus“ (B. S. 50, Quelle 4.2)

- Liquidierung von 80.000 Personen, davon 8.000 wegen Deutschlandfeindlichkeit oder bolschewistischer Tätigkeit, der Rest aufgrund von Vergeltungsmaßnahmen
- „überaus geschickte Organisation“, überraschender „Erfolg“ (WTF...)
- „Problem“: Nach jeder Exekution immer übrig bleibende Juden
- „Endlösung“
- Arbeitseinsatz → „natürliche Verminderung“ (Mangelversorgung mit Nahrung, Medikamenten etc.)
- „Restbestand“ gefährlich, da bei Freilassung Gefahr der Funktion als „Keimzelle“]

[Gesetze gegen Juden (vgl. B. S. 51, Quelle 4.2b)

- Aberkennung der Staatsbürgerschaft
- Verbot jüdischer Eheschließungen
- Verbot des Gelderwerbs

- Pflicht, um 20:00 zuhause zu sein
- Abnahme von Fahrrädern und Radios
- Kein Zugang zu Zeitungen, Seife, . . .]

1.13.9 [Widerstand (B. S. 56)]

Mögliche Formen des Widerstands: Attentate, Sabotagen, Demonstrationen etc.

Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Widerstand

Möglichkeiten des Widerstands heute in der BRD: Demonstrationen sowie das Widerstandsrecht gegen Politiker, die gegen die demokratische Grundordnung verstoßen, sofern andere Maßnahmen fehlschlagen

Aktiver Widerstand

Gezieltes Handeln mit der Absicht des Sturzes des Regimes

[Flugblätterverbreitung gehört zum aktiven Widerstand.]

Passiver Widerstand

- Flüsterwitze
- Hören von verbotenen Radiosendern
- Emigration [insbes./bspw. Schriftsteller]
- Selbstmord?

(Einerseits nützt ein Selbstmord der Gegner dem Regime – die Gegner bringen sich selbst um. Andererseits geht ein Verlust von Arbeitskräften und evtl. (bei Personen der Öffentlichkeit) eine Signalwirkung einher.)]

25.10.2006

[Wieso war der Widerstand erfolglos?

- Gefestigter Unterdrückungsapparat

- Ideologische Schulung
- „Untertanengeist“
- Kein Zusammenschluss der studentischen Bewegungen mit dem Arbeiterwiderstand;
viele kleine Gruppierungen statt einer großen
- Keine Unterstützung aus dem Ausland
- Gewissensbisse des militärischen Widerstands wegen direkter Vereidigung gegenüber Hitler]

08.11.2006

[Demokratie = Grundrechte; freie, geheime und allgemeine Wahlen; Parteienpluralismus; etc.]

[Deutschlandpolitik = Summe aller Verträge etc., die Deutschland beeinflussen]

[Undeutliche/mehrdeutige Formulierungen (siehe B. S. 78f.): „So weit praktisch möglich“, „Vorerst“]

10.11.2006

[Weiße Rose wollte einen vernünftigen Sozialstaat.]

[Deklaration der Widerstandsaktionen einfach als Handlungen Krimineller durch das NS-Regime; damit Vertuschung der Widerstandsbewegungen.]

[Heimatvertriebene („Flüchtlinge“) waren v.a. Sudetendeutsche und Schlesier (siehe B. S. 75). 10 Millionen Heimatvertriebene!]

[Nahrungsmangel wegen schlechten Winters 1946: Nur 900 kcal in französischer, 1300 kcal in amerikanischer Besatzungszone (kein Austausch zwischen den Besatzungszonen, wegen der Politik, dass sich jeder Alliierte jeweils um seine eigene Besatzungszone kümmert)]

17.11.2006

[Rechtliche Grundlage der Vertreibungen war das Potsamer Abkommen, das eine humane Überführung vorsah.]

[Die Besatzungsmächte bestimmten, wohin die Leute geschickt wurden.]

[In Bayern v.a. Sudetendeutsche (naheliegend, da geografische Nähe)]

[Keine gute Integration der Vertriebenen; sogar heute teilweise noch (siehe Quelle B. S. 84, Quelle 1.5)]

[„Schuld und Sühne“ (B. S. 80, Quelle 1.2)

- Autor: Franz Werfel, österreichische Schriftsteller
- Deutschland soll seine Seelen retten.
- Grundbedingung dabei: „objektive Erkenntnis des Geschehenen und subjektive Erkenntnis der Schuld“ (Vergangenheitsbewältigung)
- Nicht: „Ich habe das nicht mitbekommen“, „ich hab´ ja nichts getan“
Stattdessen: Bei jedem liegt die Verantwortung.
- Rückbesinnung, Demut und Dankbarkeit an die „heiligen und großen Meister“, an Deutschlands große Denker, die humane Gedanken verbreitet haben, beispielsweise Kant für Aufklärung oder Mediziner etc.
- Werfel begründet die Forderungen damit, dass die Leute von Hitler begeistert waren, dass sie ihn gewählt haben und dass sie sogar begeistert in den Krieg gezogen sind.
Außerdem haben ihm zufolge „[n]icht einzelne Verbrecher [. . .] jene Greuel begangen, sondern die »Volksgemeinschaft« in Person“.]

[„Die Vertreibung der Deutschen – ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit?«“ (B. S. 83, Quelle 1.4)

Kritik an der Vertreibung durch O. K. Armstrong, einen amerikanischen Kongressabgeordneten:

- Verbrechen gegen die Menschlichkeit; inhumane Bedingungen; keine Menschenwürde
- „[Die Amerikaner] haben in dummster Weise Öl auf das sowjetische Feuer gegossen“:

Die Vertriebenen hatten Mund-zu-Mund-Propaganda gegen die Amerikaner betrieben: „Sorry, dass wir bei euch wohnen müssen, aber das ist wegen den Kapitalisten.“

Die Reaktion der Leute, die Wohnungen bereitstellen mussten, war außerdem nicht „oh cool, wir können Menschen in Not helfen“; sie hatten ja selbst nichts.

- Die Vertriebenen waren 300 bis 750 Jahre in den entsprechenden Gebieten ansässig. Vertrieben wurden sie, obwohl sie keine Verbrechen begangen haben.]

17.11.2006

1.14 [Die Erneuerung des politischen Lebens]

1.14.1 [Entnazifizierung]

- Wichtigste Prozesse: Nürnberg; lokales Beispiel: Landsberg
- (Auch heute noch Pflege von NS-Gräbern und Verunstaltung jüdischer Gräber durch Neonazis. . .)
- Anklagepunkte: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Weltfrieden und allgemein Kriegsverbrechen
- Problem: Es fehlte ein internationales Recht; daher hat man im Wesentlichen nach US-Recht gehandelt. Das war ein Kritikpunkt, aber Geschichtstypen sind sich einig, dass nach deutschem Recht die gleichen Verurteilungen stattgefunden hätten. (Seit den Kriegsverbrecherprozessen ist es gelungen, ein internationales Recht aufzustellen.)
- Urteile v.a. gegen hohe Beamter, Ärzte und Wirtschaftsführer
- Amerikaner waren zu Beginn sehr rigoros mit der Entnazifizierung. Problem war, dass als Konsequenz fähige Leute (v.a. Beamte) fehlten; u.a. vertrat daher ein Ministerpräsident die Meinung, obwohl einige Nazis waren, sie trotzdem im Amt zu behalten. Dies gefiel den Amerikanern gar nicht, weswegen dieser Ministerpräsident schon nach vier Monaten abgesetzt wurde.]

[Betrügereien bei den Meldebögen]

[In der SBZ viel rigorosere Entnazifizierung, die auch Enteignung alles/vieler NS-Leute einschloss.]

24.11.2006

[„Das Weltgericht in Nürnberg“ (B. S. 97, Quelle 2.1)

- Situation: Bestrafung nicht (nur) des Staats, sondern der Staatsträger
- Problematik: Keine rechtliche Grundlage
- Lob: Zusammenarbeit der Nationen
- Rechtfertigung der Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse trotz der Problematik: Belehrende Urteile; Symbol für die Überwindung des Bösen (Erkenntnis der Schuld → Neubeginn); (politischer, nicht juristischer, Prozess)
- Hoffnung: Schaffung eines Präzedenzfalls; Warnung an zukünftige Staatsträger
- Leider: Geringes Verständnis und Akzeptanz durch das deutsche Volk; fehlende Realisierung der Sachverhalte]

[BTW, Verbot der Anfreudung mit Deutschen (hohe Strafe)]

[Dezentralisierung

- Aufbau v.a. auf Stadt- und Kreisebene; später, langsam überregionale Zentralverwaltungen
- Zerschlagung Preußens, dem „Hort des Militarismus“ (besonders von Churchill gewollt) → Gründung von Hessen
[Hessen gab's zwar schon zuvor, aber noch nicht als Bundesland.]
- Amerikanische Besatzungszone: Bayern, nördlicher Teil Baden-Württembergs
- Englische Besatzungszone: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen war eine Neugründung mit dem Ziel der Verhinderung des Falls vom Ruhrgebiet (das in Nordrhein-Westfalen liegt) an die Sowjets. Es gab nämlich immer so die Diskussion, dass das Ruhrgebiet durch alle Alliierten regiert

werden sollte. Da schon der Kalte Krieg im Gang war etc., wollten das die Amerikaner natürlich nicht; somit gründete man Nordrhein-Westfalen und stellte es unter englische Besatzung („sorry, aber das Ruhrgebiet liegt in Nordrhein-Westfalen und gehört somit schon England. . .“).

- Französische Besatzungszone: Rheinland-Pfalz, südlicher Teil Baden-Württembergs
- Jeweils andere Arten und Weisen der Regierung, da sich jede Besatzungsmacht nach dem Scheitern des Kontrollrats/Außenministerrats auf die eigene Zone konzentrierte und da man sich am jeweils eigenen Land orientierte.

So war die englische Besatzungszone beispielsweise viel zentralistischer als die französische.

- In der Ostzone wurde recht schnell mit der Zentralisierung begonnen (vgl. B. S. 76f.)

Die unterschiedliche Neuordnung des politischen Lebens

Demokratisierung →

Einheitspartei ↔ differenziertes Parteiensystem

SBZ:

- 10.6.45: Aufruf der SMAD [Sowjetische Militärverwaltung Deutschlands] zur Gründung von Parteien und Massenorganisationen
- 14.7.45: „Block der antifaschistischen demokratischen Parteien“
- [SED+Block+Massenorganisationen stellten im Vorfeld die Sitzverteilung auf.]

[Zu den Massenorganisationen gehörten v.a. pro-SED-Vereinigungen.]

[„Hitlers Entschluss zum Angriff auf die Sowjetunion“ (B. S. 29, Quelle 2.1)

- Laut Hitler: Mit dem Fall von England ist der Krieg gewonnen.
- Englands Hoffnungen sind USA und Sowjetunion, da ein Krieg England+Sowjetunion gegen Deutschland für Deutschland ein Zwei-Fronten-Krieg bedeutet hätte.
- Gegen USA kann man nicht viel machen, da das einen U-Boot- oder Luftkrieg voraussetzen würde – dafür müsste man aber Frankreich kontrollieren und es würde (sehr) lange dauern.
- Mit dem Fall der Sowjetunion ist Japan die große Macht im Osten.
- Also: Mit dem Fall von Russland geht der Fall von England und damit der Kriegsgewinn einher.
- Wichtig: Sowjetunion nicht im Winter angreifen, da man dann nicht vorwärts kommt.]

[„Zielvorstellungen der nationalkonservativen Opposition“ (B. S. 66, Quelle 5.4)

- Christentum als Grundlage; Halt an göttlicher Ordnung etc.
- Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft]

16.12.2006

1.14.2 [„Aus der Truman-Doktrin vom 12. März 1947“ (B. S. 123, Quelle 4.2)

- USA soll Bedingungen für die Existenz freier Nationen schaffen
- Sicherung der friedlichen und ungezwungenen Entwicklung der Nationen durch die Vereinten Nationen

- Form: Wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der Regimes; nicht: Eingreifen in das politische System

(Man hat deswegen nicht die Widerstandsgruppen finanziell unterstützt, da man glaubte, dass sie mit dem Geld nichts sinnvolles hätten tun können, da die Struktur fehlte.)

21.12.2006

Update (lol): Jetzt heißt es, die USA hätten natürlich nicht die Regimes unterstützt, sondern die Exilregierungen/Oppositionen. ka, was nun stimmt.

Die Sowjetunion untersagte den Ländern des Warschauer Paktes, die Gelder anzunehmen.

16.12.2006

- Unterstützung der Völker, die sich den bewaffneten Minderheiten oder dem Druck von Außen (= Sowjetunion, Polen etc.) widersetzen, die ihre Freiheit verteidigen.
- Proteste gegen Verletzungen von Abkommen
- Allgemein: Richtung gegen die Sowjetisierung; Eingriff in die inneren Verhältnisse; Kernstück der Containmentpolitik (wichtig für die Entwicklung Deutschlands)]

1.14.3 [„Aus der Rede des US-Außenministers George Marshall vom 5. Juni 1947“ (B. S. 108, Quelle 3.3)]

- Ursprünglich geplant (Morgenthau-Plan): Deutschland als Agrarstaat
 Problem: Konsequenz wären wirtschaftliche Probleme (u.a. auch für England), und der böse Kommunismus nährt sich von wirtschaftlichen Problemen.
 (Insbesondere wollte Frankreich, dass Deutschland klein bleibt, wegen der Ewiger-Feind-Geschichte. Man hat aber Frankreich dazu überreden können, diese Position aufzugeben.)
- Wirtschaftliche Unterstützung (auch/insbesondere an eigentlich feindliche Nationen), da man annahm, dass, wenn es den Leuten besser geht, sie nicht so anfällig für den Kommunismus sind.
- Nicht Bekämpfung der Symptome, sondern der eigentlichen Probleme durch wirtschaftliche Unterstützung (auch, wenn große Geldsummen dazu erforderlich sind)

- Kleine Drohung: „[E]ine Regierung, die [. . .] versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten“ (Z. 24ff.)
- Initiative muss von Europa ausgehen, USA soll nur fördern.]

21.12.2006

1.14.4 Der Marshallplan

Ziel: Wirtschaftliche [XXX] einer funktionierenden Weltwirtschaft, Forderung demokratischer Verhältnisse

Inhalt: Lieferung von Rohstoffen, Gewährung von Krediten und Zuschüssen

Folge: Anerkennung der amerikanischen Führung im wirtschaftlichen und politischen Bereich

[Im Prinzip hat man alle europäischen Länder, die nicht bereits sowjetisiert waren, unterstützt.]

[Verzicht/Runterfahren der Reparationsforderungen (ergäbe ja auch wenig Sinn, auf der einen Seite zu unterstützen, und auf der anderen Seite teures Geld zu verlangen)]

[Einstellung der Zahlungen an die UdSSR]

[Eindämmung der Sowjetisierung nach der Vorstellung, dass die Leute anfälliger für die Sowjetisierung sind, wenn sie weniger Geld haben]

1.14.5 [„Wirtschaftsreformen« in der SBZ“ (B. S. 107, Quelle 3.2)

- Bodenreform: Aufteilung des Lands in kleine Parzellen unter denen, die der kommunistischen Partei angehörten
(Klüger wäre wohl gewesen, das Land unter denen aufzuteilen, die für landwirtschaftliche Arbeiten qualifiziert waren)
Durch die geringe Größe der Parzellen Unrentabilität.
- Wirtschaftsreform: Verstaatlichung der Großbetriebe → Schlüsselbetriebe in öffentlicher Hand (aus unserer Sicht gesehen total lol die Aktion)

- Die ganze Sache fand im Volk durchaus ein bisschen Anklang, da a) die Nazis enteignet wurden (das fanden natürlich nur die Leute gut, die die Nazis bereits als pöse verstanden haben; in der SBZ wurde dementsprechend ja auch recht gut denazifiziert) und dass b) man als einfacher Volkstyp Land bekam.
- Wieso haben die zuständigen Beamten diese Reformen durchgeführt, obwohl sie wussten, dass das eigentlich total lol ist? – Weil nur wirklich ideologisch Überzeugte die entsprechenden Posten erhielten.]

Elemente der sozialen Marktwirtschaft: Maßnahmen zur Gewährleistung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, Sozialversicherung, sozialer Wohnungsbau, Betriebsräte, Wettbewerbsordnung, Einkommensausgleich [durch Steuern, Familienzuschüsse etc.], [Bestimmung des Preises durch den Konsumenten (Nachfrage), [Leistungswettbewerb]

02.02.2007

1.15 BRD und DDR

1.15.1 [Zur Entstehung der BRD und des Grundgesetzes (vgl. B. S. 116ff.)

1. Londoner Sechsmächtekonferenz [USA, E, Fr, Benelux]:

- Überwindung des französischen Widerstands
- Beschluss: Gemeinsame Verfassung für die Westzone (7. Juni 48)

2. Frankfurter Dokumente (1. Juli 48)

Westalliierte Erlaubnis für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durch die Ministerpräsidenten der Länder, eine Verfassung mit demokratischer, bundesstaatlicher Ordnung und garantierten Grundrechten und eine Volksabstimmung über die genehmigte Verfassung

Abänderungen der deutschen Ministerpräsidenten: Westdeutsche Verfassung als Provisorium; Parlamentarischer Rat statt verfassungsgebende Versammlung, Grundgesetz statt Verfassung, Ratifizierung durch Landtage

3. Beratung der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz bei Koblenz (10. Juli 48)
„stinkfaul und ohne jegliche geschichtliche Grundlage“
4. Ausschüsse tagen auf Herrenchiemsee zur Erarbeitung eines Vorentwurfs zum Grundgesetz (Aug. 48)
5. Ab 1. Sept. 48 Tagung des Parlamentarischen Rats (65 Abgeordnete der Landtage, zusätzlich fünf Berliner Abgeordnete ohne Stimmrecht)
6. Am 1. Mai 49 Beschluss des Grundgesetzes
Abstimmung in den Landtagen (Zustimmung aller Landtage außer Bayern; Bayern empfand die zugestandenden föderalistischen Rechte für zu wenig)
(Der Parlamentarische Rat wollte, anders als die Alliierten wie in den Frankfurter Dokumenten festgehalten, keine Volksabstimmung, da ja nur die West-Hälfte des Volks abgestimmt hätte; damit hätte man die Teilung Deutschlands akzeptiert oder zumindest weniger stark abgelehnt. Außerdem ist es völkerrechtlich würr, dass nur eine Hälfte des Volks über eine Verfassung entscheidet.)
7. Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneurs (12. Mai 49)
Verkündung des Besatzungsstatuts (alliierte Vorbehaltsrechte)
8. Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai 49)
9. Übergehen der Befugnisse der Militärregierung auf die Alliierte Hohe Kommission (Juli 49)]

1.15.2 [Die alliierten Vorbehaltsrechte

- Zustimmung der Alliierten Hohen Kommission bei Grundgesetzänderungen
- Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft
- Wiederaufnahme der Regierung bei einer Bedrohung für die Demokratie (nach alliierter Einschätzung) möglich

- Besatzungsrecht vor Bundes- und Landesrecht
- Abhängigkeit der Polizeigewalt von alliierter Genehmigung
- Abhängigkeit in der Außenpolitik
- Viermächtestatus Berlins → Stimmrechtslosigkeit der Berliner Abgeordnete im Bundestag

(Gleicher Grund der Stimmrechtslosigkeit wie der Grund gegen eine Volksabstimmung: Hätte man die SBZ-Abgeordneten ausgegrenzt, wäre man einen Schritt näher an der Akzeptierung der Teilung Deutschlands gewesen.)

→ Deutliche Einschränkung der Souveränität]

1.15.3 [Wesentliche Elemente des Grundgesetzes; „Wehrhafte Demokratie“

- Unveränderbare Passagen im Grundgesetz (Verfassungskern)
- Garantie (und Einklagbarkeit) von Menschenwürde etc.
- Festlegung Deutschlands als Bundes- und Rechtsstaat etc.
- Recht auf Widerstand:
Grundsätzlich: Möglichkeit der Klage beim Bundesverfassungsgericht
Ansonsten, nach Ausschöpfung aller anderen Mittel (dieser Fall kann wohl nur bei einem Militärputsch auftreten): Zulassung der Gewalt zur Bekämpfung der Demokratiebedrohung
- Möglichkeit des Verbots verfassungsfeindlicher Vereinigungen durch den Innenminister
Möglichkeit des Verbots verfassungsfeindlicher Parteien durch das Bundesverfassungsgericht]

1.15.4 [Petersberger Abkommen (1949)]

- Mitarbeit Deutschlands in der Ruhrbehörde; Zeigen guten Willens

Große Leistung Adenauers: Wegbeschreitung zur Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands – Frankreich und die Beneluxstaaten regierten über das Ruhrgebiet; Adenauer bot seine Mithilfe an (rein technisch gesehen war das Regieren des Ruhrgebiets nicht einfach); dieser Zug wurde von den Alliierten als sehr cool betrachtet; → zumindest Möglichkeit einer Einflussnahme

- Keine Alleingänge
- Gestattung konsularischer Beziehungen
- Beitritt Deutschlands zum Europarat]

1.15.5 [Der Weg von der SBZ zur DDR]

- Volkskongressbewegung: Vorgabe der Förderung einer deutschen Einheit
- 2. Volkskongress (März 48): 400 Delegierte →
 1. Deutscher Volksrat →
Ausschuss (Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, basierend auf einem SED-Entwurf)
- 3. Volkskongress (Mai 49)
Einheitsliste zur Wahl (nur Ja/Nein-Stimmen, Druck auf politische Gegner, Wahlmanipulationen etc.)
→ Überführung [quasi nur Umbenennung] zur Nationalen Front
- 2. Deutscher Volksrat →
provisorische Volkskammer (Präsident, Ministerpräsident) →
- DDR]

1.15.6 [Große Ziele (West-)Deutschlands

- Deutsche Einheit
- Gleichberechtigung Deutschlands, Abbau des Misstrauens gegenüber Deutschland
- Beitrag zur Sicherung des Friedens
- Starker Europagedanke:
Europäische Integration, Stärkung Europas
- Außenpolitische Freiheit
- Die SPD empfand die deutsche Einheit für wichtiger als außenpolitische Freiheit; dementsprechend hätte die SPD die Deutsche Frage offen gelassen und Deutschland hätte neutral bleiben sollen. (Es war aber die CDU an der Macht; das ist also nicht passiert.)
- Westintegration als Teilstaat (CDU)]

1.15.7 [Ziele und Maßnahmen des Westens und des Ostens]

Westen: Ziele

- Eindämmung des Kommunismus
- Wirtschaftlicher Aufbau
- Schutz Westberlins
- Militärischer Schutz
- roll-back des Kommunismus

Osten: Ziele

- Ausbreitung des Kommunismus
- Isolierung Berlins
- Sicherung des kommunistischen Machtbereichs
- Gegenmaßnahmen zur NATO

Westen: Maßnahmen

- Truman-Doktrin
- Marshall-Plan
- Berliner Luftbrücke
- Eisenhower-Doktrin
- NATO-Bündnis (1949)

Osten: Maßnahmen

- Einsetzung kommunistischer Regierungen (Satellitenstaaten)
- Berliner Blockade
- Niederschlagung von Aufständen

Methoden der Auseinandersetzung

Kalter Krieg: Berlinkrise (1948), Koreakrieg (1950–53)

Gegenseitige Abschreckung: Kubakrise (1962)]

[Wichtig: Durch Koreakrieg Wandlung von containment- zu roll-back-Politik]

[Deutsches Volk fand die Wiederbewaffnung Deutschlands uncool, und Frankreich war ganz strikt gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands. Daher Vorschlag von Adenauer: nicht Bundeswehr, sondern europäische Armee; oder, alternativ: (West-)Alliierte sollen mehr Soldaten in Deutschland zum Schutz Deutschlands stationieren]

1.15.8 Der Weg der BRD zur Souveränität

Deutschlandvertrag (1954) [zuvor schonmal 1952, da aber gescheitert]

- Aufhebung des Besatzungsstatuts
- Sicherung Westberlins als Teil der BRD
- Weitgehende Souveränität
- Wiedervereinigung Deutschlands möglich mit [gesamtdeutscher] demokratischer Verfassung und Integration [Gesamtdeutschlands] in Europa
- [Gestattung von Botschaften statt nur konsularischer Beziehungen]

Pariser Verträge

- Saarstatut
- Endgültige Beendigung der Besatzung
- Beitritt zur WEU [Westeuropäische Union]
- Beitritt zur NATO

Gleichberechtigung für BRD →

Mai 55: Souveränitätserklärung der BRD

Aber: Verantwortung der Westmächte für Deutschland als Ganzes [Zustimmung der Westmächte für eine Wiedervereinigung nötig] und für Berlin bleibt erhalten. [Sowie: Andauernde Stationierung amerikanischer (und englischer) Truppen; aber als Schutz, nicht zur Besatzung]

1.15.9 „Deutschland in der Entscheidung“ (B. S. 130, Quelle 4.9)

Heinemann als Gegner der Wiederaufrüstung Deutschlands:

- Aufrüstung würde den eisernen Vorhang (die Grenze des Ostblocks; harte, quasi undurchtrennbare Trennung) abschließen → Vertiefung der Spaltung Deutschlands wäre die Folge
- Entsprechende Reaktionen seitens der Sowjetzone/Sowjetunion (Kriegs- und Rüstungsdienst) wären zu erwarten
- Widerstand Frankreichs
- Spaltung Deutschlands wäre auch eine (in den Augen Heinemanns eine schlechte Lösung) Lösung
- Angst vor Gesamtdeutschland=Neutralität unbegründet
Angst vor Sowjetisierung eines neutralen Gesamtdeutschlands unbegründet
→ Heinemann will ein Gesamtdeutschland, egal ob neutral oder nicht
- Unrealistisch, dass die Alliierten gemeinsam über Deutschland regieren
- Aufrüstung nicht notwendig, eine kleine Wehrmacht würde genügen]

1.15.10 Die Stalinnote vom 10. März 1952**Angebote**

- Einheitlicher Staat [unter der Regierung Stalins; die Verfassung hätte man noch ausarbeiten müssen], Ende der Spaltung
- Abzug der Streitkräfte der Besatzungsmächte binnen einem Jahr
- Demokratische Rechte für das deutsche Volk

- Keine wirtschaftlichen Beschränkungen
- [Gestattung] nationale[r] Streitkräfte
- Aufnahme Deutschlands in die UNO [Augenwischerei – Demonstration des Friedens und der Anerkennung/Gleichberechtigung etc.]

Forderungen

- Keine Koalition, kein Militärbündnis gegen ehemaligen feindlichen Staat [also insbes. nicht gegen die UdSSR]
- Gültigkeit der territorialen Bestimmung des Potsdamer Abkommens

[Reaktion Adenauers

lol, da:

- Kein Vertrauen gegenüber der UdSSR (siehe Koreakrieg etc.)
- Westalliierte wären dagegen (und zum Zeitpunkt der Stalinnote ist der Deutschlandvertrag noch nicht abgeschlossen → Deutschland hätte die Alliierten um ihre Zustimmung fragen müssen)
- „Demokratische Rechte“
- Interpretation als Verzögerungsversuch der Westintegration Deutschlands
- Wie wäre der Einfluss der UdSSR auf Deutschland, wenn die Truppen der Westalliierten weg wären?
- Angebot zu vage formuliert
- XXX Evtl. falsch: Die BRD verlangte freie Wahlen als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung; die Stalinnote sprach aber nicht direkt über freie Wahlen oder hätte sie erst später vorgesehen. (XXX stimmt das?)

→ Man hat das Angebot nicht als ein ernst gemeint eingeschätzt (v.a. die SPD hätte sich aber eine ernsthafte Prüfung des Angebots gewünscht).

04.03.2007

Hat man mit der Ablehnung der Stalinnote eine Chance zur Wiedervereinigung vertan? Wohl ja, aber es wäre halt ein sozialistischer Staat geworden.]

1.15.11 [Innerdeutsche Verhältnisse (B. S. 203ff.)

- Wer tritt die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches an? (Welchen Staat bezeichnet der unqualifizierte Ausdruck „Deutschland“?)
- Die BRD und die Westalliierten meinten, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei und die BRD somit die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches antrete.
- Die DDR meinte, dass Deutsche Reich sei untergegangen und jetzt sei etwas ganz Neues vorhanden.
- Die BRD sagte, sie spreche für alle Deutschen, da es für einen Teil der Deutschen – den Leuten in der DDR – nicht möglich wäre, sich zu vertreten, weil es in der DDR ja keine freie Wahlen gab.

Man solle in der DDR zuerst freie Wahlen, eine rechtsstaatliche Ordnung, eine freiheitliche Regierungsform, Schutz der Menschenrechte etc. (B. S. 203, Ende des zweiten Absatzes) einführen.]

[Die Zweistaatentheorie der DDR (B. S. 204)

- Zunächst meinte man, es gäbe eine gemeinsame Nation, aber zwei Staaten. (Das meinte man in der BRD und DDR.)
- Dann vollzog sich in der DDR (nicht aber in der BRD) der Wandel zur Zweistaatentheorie: Man sprach nur noch von der Existenz zweier Staaten, nicht mehr von der einer gemeinsamen Nation.]

[„Aussage zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten“ (B. S. 209, Quelle 7.4)

- Ansprüche der BRD: Provisorium, Rechtsnachfolge, Alleinvertretung →
Die BRD muss sich beim Rest der Welt durch Leistungen etc. profilieren.
- Sowie Haltung der BRD: Nichtanerkennung der DDR →
Notwendigkeit eines modus vivendi als „Workaround“ / „Behelfslösung“
- Wiedervereinigung erscheint wegen der zu starken Festigung der Unterschiede zwischen den beiden Staaten (politisch/ideologisch (Grundrechte, Demokratieverständnis, etc.), wirtschaftlich (Planwirtschaft etc.)) nicht möglich.
- Zusätzlich zur eigenen Nichtanerkennung der DDR will die BRD zusätzlich, dass auch niemand anderes die DDR anerkennt.

Dazu die Hallstein-Doktrin: Die BRD bricht Beziehungen zu allen Staaten ab, die die DDR anerkennen. (Insgesamt hatte man aber doch nur zwei Staaten ent-erkannt, Jugoslawien und Kuba.)

→ Gefahr einer Isolierung der BRD (ist aber nicht passiert, da die BRD wirtschaftlich zu wichtig war)

→ Erpressbarkeit der BRD (z.B. könnten afrikanische Staaten – denen die ganze BRD/DDR-Situation total egal ist – drohen, die DDR anzuerkennen, wenn sie nicht von der BRD höhere Entwicklungshilfe bekommen etc.)

Daher Modifikation: Nur Abbruch der Beziehungen, wenn das jeweilige Land die Entscheidung frei fällt (insbesondere fallen unter diese Klausel die Ostblockstaaten, die ja alle die DDR anerkennen **mussten**) (XXX evtl. falsch; XXX. evtl zu grob, aber den Sinn treffend: „nicht so pauschal“)]

[Die ganze Israel-Sache

- Die BRD musste Israel anerkennen, um zu zeigen, dass man sorry wegen den Nazis war etc.
- Aber: Die arabischen Staaten drohten damit, die DDR anzuerkennen, wenn die BRD Israel anerkennt, woraufhin nach der Hallstein-Doktrin die BRD ja die arabischen Staaten ent- anerkennen hätte müssen, was wiederum bedeutet hätte, dass der Handel verkompliziert worden wäre (oder auch gar nicht mehr möglich gewesen wäre).
- Daher hat man zumindest Israel immer inoffiziell unterstützt.]

[Berlin als „Seismograph“ für die Weltpolitik; Ausdruck des jeweiligen Machtbereichs]

[Kennedy hat quasi stillschweigend Ostberlin der DDR überlassen und sich nur noch um Westberlin gekümmert.]

[„Friedliche Koexistenz“ ↔ Weltkommunismus]

14.03.2007

[Egon Bahr: Wiedervereinigung ist ein Prozess mit vielen Schritten, nicht ein einmaliges Ereignis]

[Glaube an Wiedervereinigung kein Alltagsdenken]

[Ziel der DDR: Anerkennung; Ziel der BRD: Entspannung, Erleichterung des Lebens der DDR-Bürger]

16.03.2007

1.15.12 [Die neue Ostpolitik

Hintergrund: Internationales Sicherheits- und Entspannungsklima, amerikanisch-westeuropäische Osteuropapolitik

Vorteile der Entspannungspolitik:

- Menschliche Erleichterungen, z.B. Erleichterung innerdeutscher Kontakte (Familien etc.)
- Hätte das Potenzial gehabt, die Wiedervereinigung stark zu beschleunigen; aber die Vereinigung war ja kein Alltagsgedanke
- Berlin (XXX)

Nachteile der Entspannungspolitik:

- Bruch mit der vorherigen Politik; so musste ja auch das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob der Grundlagenvertrag verfassungskonform war.
- Warschauer Vertrag: Gebietsverlust der BRD; damit Hegemonie der Sowjetunion über Osteuropa (XXX aber de facto war ja auch schon zuvor das Gebiet verloren)
- Ideologische Unterschiede; Annäherung an das „Böse“ (dieser Punkt nicht von Hk)]

14.03.2007

„Grundlagenvertrag“ (B. S. 216, Quelle 8.1)

- **Präambel:**
 - Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa (vgl. Moskauer und Warschauer Vertrag, Verkehrsvertrag)
 - Unverletzlichkeit der Grenzen [XXX welcher Grenzen?]; Souveränität der DDR (vgl. Warschauer Vertrag; Interessengleichheit bezüglich Grenzen)
 - [Achtung der Integrität der territorialen Gebiete und der Souveränität aller Staaten in Europa (→ Anerkennung der Souveränität der DDR und Ebnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR)]
 - Gewaltverzicht [und Verzicht auf Androhung von Gewalt] (vgl. Ostverträge)
 - Unterschiedliche Auffassung von „Nation“ (große Bedeutung) [laut BRD eine Nation, laut DDR zwei]
 - Konkretisierung des oben genannten Ziels der Entspannung
- **Artikel 1:** Gutnachbarliche Beziehungen auf Grundlage der Gleichberechtigung (Aufgabe der Hallstein-Doktrin; damit unvereinbar: Schießbefehl)
- **Artikel 2:** Grundlage des Verhältnisses: Charta der Vereinten Nationen (vgl. Ostverträge)

- **Artikel 3:** Gewaltverzicht; Grenzachtung (vgl. Ostverträge)
- **Artikel 4:** Ende des Alleinvertretungsanspruchs [der BRD]
- **Artikel 5:** Verpflichtung, Beitrag zur KSZE (Art. 5.1) und MB-FR (Art. 5.2) zu liefern und abzurüsten (SALT; Art. 5.3)
- **Artikel 6:** Betonung der Souveränität
- **Artikel 7:** Bereiche der normalisierten Beziehungen: humanitärer Sektor, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik [aber natürlich nicht Militärtechnik], Verkehr usw.

Brief zur deutschen Einheit

Keine Aufgabe des Einheitsbestrebens

16.03.2007

[Folgeverträge: Transitabkommen, . . .]

[Breschnew-Doktrin der UdSSR

- Inhalt: UdSSR muss/kann bei einem antikommunistischen Aufstand in einem der Satellitenstaaten eingreifen.
- Nichtung dieser Doktrin durch Gorbatschow → Ebnung/Schritt in Richtung der Wiedervereinigung etc.
- Honecker ging mit diesem fortschrittlichen Kurs Gorbatschows nicht mit („er habe seinen Lehrer jetzt übertroffen“, sagt eine Karikatur)

[Zugeständnis Gorbatschows nach großer Geldspritze an die UdSSR von Deutschland: Deutschland darf selbst entscheiden, welchem Bündnis (NATO oder Warschauer Pakt) es angehören will]

[XXX Nächste Stunde: Zehn-Punkte-Programm, 2+4-Verträge, Einigungsvertrag]

21.03.2007

[Wieso hat man den Runden Tisch gegründet? – Das Bedürfnis nach Rechten seitens der Bevölkerung war einfach zu groß geworden.]

[Wieso wollte die SPD nach 146 GG vereinigen? – Weil sie Reformen einbringen wollte, beispielsweise ein Recht auf Wohnung

und Arbeit; sowas nachträglich im Grundgesetz zu ändern wäre wohl schwieriger geworden, weil man ja ´ne Zweidrittelmehrheit für Grundgesetzänderungen benötigt.]

[Was waren die Ziele der SED/PDS im Wahlkampf zur frei gewählten Volkskammer? – Ka, wohl aber soziale Sicherung, und Kommunismus (jetzt natürlich mit mehr Offenheit)]

[Vorstellung der Wiedervereinigung der BRD: Langfristig; unter EU-Vorzeichen]

19.09.2005

2 Hausaufgaben

2.1 1. Hausaufgabe

2.1.1 Quellenarbeit

- a)** Bayern bestand aus vielen verschiedenen Herrschaftsgebieten mit jeweils eigener Kultur, Herrscher und Verfassung; Ziel war ein vereinigtes Bayern.
 - b)** Wichtig war eine funktionierende Integration, um die einzelnen Staaten zusammenwachsen zu lassen.
 - c)** Lösung des Problems durch gemeinsame Verfassung und Dynastie und Möglichkeiten zur Teilnahme am Regierungsprozess.
-
- a)** Montgelas als typischer Mann der Aufklärung; Entmachtung der Kirche, Toleranz in Konfessionsfragen, strikte Unterteilung des Herrschaftsgebiets, verstärkte Vertretung der Legislative.